

SIPRI YEARBOOK 2016

Armaments,
Disarmament and
International
Security

Zusammenfassung auf Deutsch

SIPRI YEARBOOK

Das *SIPRI Yearbook 2016* stellt Originaldaten aus den Bereichen globale Militärausgaben, internationale Rüstungstransfers, Rüstungsproduktion, Atomstreitkräfte, bewaffnete Konflikte und multilaterale Friedenseinsätze zusammen und liefert neueste Analysen zu wichtigen Aspekten der Rüstungskontrolle, des Friedens und der internationalen Sicherheit. Das SIPRI-Jahrbuch ist erstmals 1969 erschienen. Es wird gemeinsam von Forschern von SIPRI und eingeladenen, externen Fachleuten verfasst.

Diese Broschüre fasst die Inhalte des *SIPRI Yearbook 2016* zusammen und enthält eine Auswahl an Daten und Informationen daraus.

INHALT

1. Einleitung	1
Teil I. Bewaffnete Konflikte und Konfliktmanagement, 2015	
2. Bewaffnete Konflikte im Nahen und Mittleren Osten	2
3. Rolle und Folgen internationaler Sanktionen gegen den Iran	4
4. Externe Unterstützung in Bürgerkriegen und anderen bewaffneten Konflikten	5
5. Die Implementierung des Friedensprozesses in Mali	6
6. Datenentwicklung zu bewaffneten Konflikten	7
7. Friedenseinsätze und Konfliktmanagement	9
Teil II. Sicherheit und Entwicklung, 2015	
8. Frauen, Frieden und Sicherheit	11
9. Die Ziele nachhaltiger Entwicklung und die Herausforderungen von Hilfe und Entwicklung an Gefahrenorten	12
10. Informations- und Kommunikationstechnologie, Cybersicherheit und menschliche Entwicklung	13
11. Unsicherheit und Belastbarkeit in der Europäischen Union	14
12. Klima und Sicherheit	16
Teil III. Militärausgaben und Rüstung, 2015	
13. Militärausgaben	17
14. Rüstungsproduktion und militärische Dienstleistungen	19
15. Internationale Rüstungstransfers	20
16. Atomkräfte weltweit	22
Teil VI. Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, 2015	
17. Kontrolle und Nichtverbreitung von Atomwaffen	24
18. Reduzierung von Sicherheitsrisiken durch chemische und biologische Kampfstoffe	25
19. Kontrolle des Handels mit Waffen und Dual-use-Gütern	26

Aus dem Englischen übersetzt von Astrid Fischer, Berghof Foundation

www.sipriyearbook.org

© SIPRI 2016

© Berghof Foundation 2016



1. EINLEITUNG. INTERNATIONALE SICHERHEIT, RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG

DAN SMITH

Wie fällt die Bilanz in Sachen Frieden und Sicherheit für das Jahr 2015 aus? Einige Ereignisse markieren es als ein besonders dunkles Jahr für die internationale Stabilität und menschliche Sicherheit. Auf der Negativseite stehen Terroranschläge in Irak und Syrien, in Ankara, Istanbul und Paris, in Tunesien, Afghanistan, Nigeria und Pakistan. Hintergrund ist eine zunehmende Anzahl bewaffneter Konflikte, die z.T. immer weiter eskalieren. Es gab erhebliche Flüchtlings- und Migrationsbewegungen aus konfliktbetroffenen Ländern und zunehmende Spannungen zwischen NATO-Staaten und Russland in Bezug auf die Ukraine und Syrien.

Doch es gibt auch Positives. Zunächst konnten der Iran und die USA ihre Differenzen beilegen und sich mit fünf weiteren Staaten und der Europäischen Union auf einen umfassenden Aktionsplan zur Regulierung des iranischen Atomprogramms einigen, was die politische Lage im Nahen Osten, trotz auch kritischer Stimmen, erheblich entschärfte.

Eine zweite positive Entwicklung war die Einigung über Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) im Rahmen der UN, auch bekannt als Agenda 2030, die im Hinblick auf Armut und Frieden ein anspruchsvolles Programm vorgibt. Drittens einigte sich die internationale Gemeinschaft im Pariser Klimaschutzabkommen auf anspruchsvolle Maßnahmen, um die globale Erwärmung zu drosseln und die Fähigkeit betroffener Staaten zu verbessern, sich an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels anzupassen.

Für eine umfassende Bewertung des Jahres gibt es Gründe für Optimismus wie für Pessimismus. Die Statistiken zu bewaffneten Konflikten deuten auf eine Umkehrung von zwei Jahrzehnten des Friedens nach Ende des Kalten Krieges. Im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika sehen die Ereignisse des Jahres 2011 nun weniger nach Arabischem Frühling als nach dem Beginn eines Jahrzehnts voller Instabilität und Konflikten aus. Vergeltung für terroristische Gewalttaten schmälert die Aussichten auf ein Ende der Gewalt und mehr Sicherheit. Nach 14 Jahren eines weltweiten „Krieges gegen den Terror“ hat die internationale Reichweite von al-Quaida und dem Islamischen Staat zugenommen. Dies führt zu einer unbequemen Schlussfolgerung: dem Frieden ist durch das Aufgebot internationaler Institutionen, nationaler Regierungen, ihrer Streitkräfte und der Instrumente, die sich derzeit um höhere Sicherheit und internationale Stabilität bemühen, nicht gut gedient. Falls Frieden derzeit nicht auf dem Rückzug ist, so steht er doch unter erheblichem Druck.

Die internationale Gemeinschaft hat mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und dem Pariser Klimaschutzabkommen gezeigt, dass sie ehrgeizige Ziele und Agenden setzen, und dann einen Konsens erzielen, kann. Durch harte diplomatische Anstrengungen konnte eine Einigung über Irans Atomprogramm erzielt werden, ebenso, zumindest auf dem Papier, über den Konflikt in der Ukraine. Internationale Bemühungen zu Libyen, Syrien und Jemen waren weniger effektiv. Wie so oft bleibt bei Dingen, bei denen eine Einigung erzielt werden konnte, deren Umsetzung fraglich. So sollte ein Überblick über das Jahr 2015 vielleicht besser mit einem Fragezeichen enden. ●



2. BEWAFFNETER KONFLIKT IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN

Der Nahe und Mittlere Osten blieb 2015 eine Quelle größerer Unsicherheit für seine Staaten und Bewohner. Auch die Nachbarregionen wurden vor größere Probleme und Herausforderungen gestellt, insbesondere durch die Terroranschläge in Paris und anderswo sowie durch die Entwurzelung zahlloser Flüchtlinge.

Zu den wichtigsten Entwicklungen des Jahres zählen: die Verstärkung militärischer Angriffe auf Houthi-Aufständische und deren Verbündete in Jemen durch eine Koalition von Ländern unter Führung Saudi Arabiens; der anhaltende Krieg in Syrien und der Kriegseintritt Russlands im September 2015; anhaltende und zunehmend willkürliche Gewalt zwischen Israel und Palästina; ein sich verschärfender Bürgerkrieg in Libyen, in dem der Islamische Staat (IS) in einigen östlichen Küstenregionen Gelände gewinnt; Herausforderungen an die irakische Regierung durch den IS sowie durch separatistische Ansprüche kurdischer Führer und in Ägypten ein eskalierender Konflikt auf dem Sinai, unter Beteiligung eines IS-Ablegers, der sich 2015 zum Abschuss einer russischen Passagiermaschine bekannte.

Der Islamische Staat und die internationale Reaktionen

2015 kontrollierte der IS weite Teile Iraks und Syriens und hatte Ableger und Unterstützer in einigen anderen Staaten. Die Gruppe befehligte zehntausende von Kämpfern in Irak und Syrien. Terroranschläge, die dem IS außerhalb dieser Länder zugeschrieben wurden, zeigten, dass auch Gesellschaften im weiteren Nahen und Mittleren Osten, in Afrika, Süd-

asien und Europa davon bedroht sein konnten.

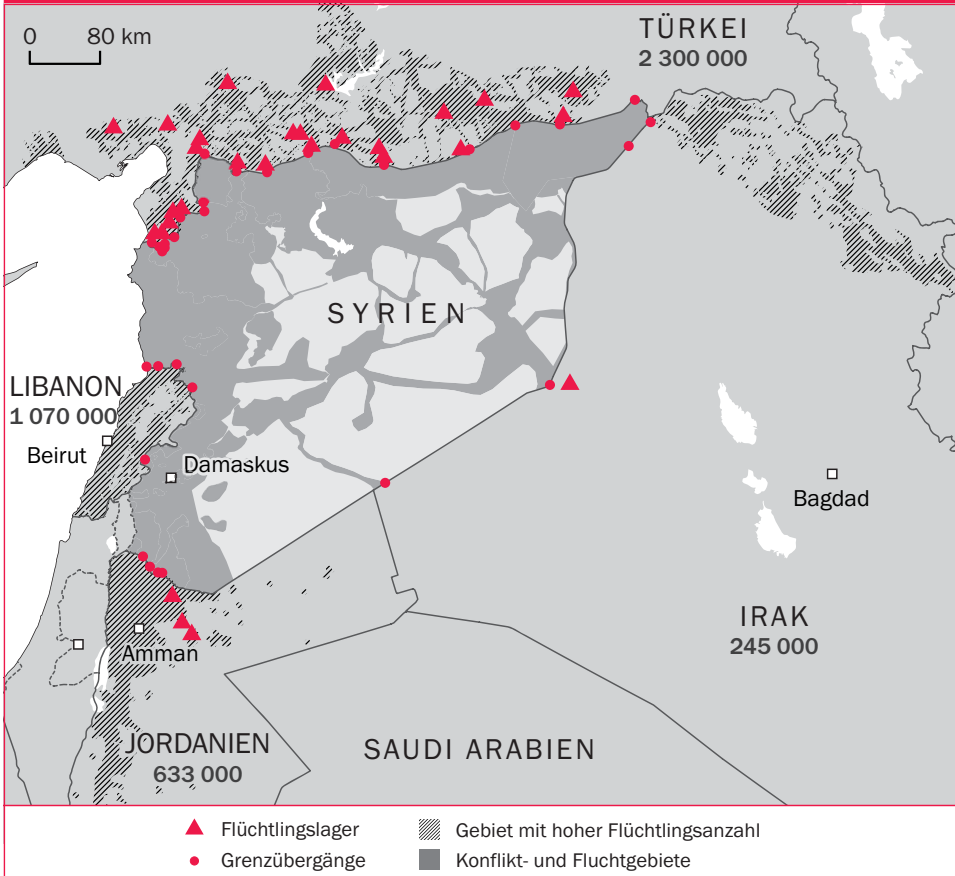
Die Wechselbeziehungen zwischen den Konflikten und politischen Krisen in Irak, Syrien und anderen Ländern, in denen IS-Kämpfer aktiv sind, erschwert Bemühungen, diese Bedrohung anzugehen. Dazu kommt der Umstand, dass der IS in vielen verschiedenen Ländern seine Kämpfer rekrutiert und Unterstützung erhält. Um den IS zu besiegen wird es notwendig sein, den sunnitisch-muslimischen Aufruhr, der sich in der arabischen Welt seit 1979 aufgebaut hat, zu entschärfen, ebenso wie die Konkurrenz um Einfluss und Vorherrschaft zwischen dem sunnitischen Saudi Arabien und dem schiitischen Iran, und die sozialen und kulturellen Hintergründe der Radikalisierung anzugehen.

Verändern Flüchtlingsbewegungen den Nahen und Mittleren Osten?

Durch die Kriege in Irak und Syrien wurden etwa 4 Mio. Iraker und 12 Mio. Syrer vertrieben. Die drei Länder, die derzeit die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sind Jordanien, Libanon und die Türkei. Eine substantiell neue Unterklasse von Bürgern ist in vier arabischen Staaten entstanden: in Syrien und Irak leben Millionen von intern Vertriebenen (IDPs) unter schwierigen Bedingungen, auf der Flucht im eigenen Land; in Libanon und Jordanien haben sich Flüchtlinge in den ärmsten Regionen angesiedelt, so dass die Zahl gefährdeter Bevölkerungsgruppen dort steigt. Sollten die verheerenden Auswirkungen dieser identitätsbasierten Polarisierung in der Region und das Wachsen bedürftiger Bevölkerungsgruppen unberücksichtigt bleiben, wird dies weitere tiefgreifende Folgen auf die regionale und internationale Stabilität haben.



SYRISCHE FLÜCHTLINGE IN NACHBARSTAATEN



Die Kurden im Nahen und Mittleren Osten, 2015

Politisch ergaben sich für die Kurden in der Türkei, im Irak und in Syrien 2015 bedeutende Veränderungen. In der Türkei wurde ein politischer Weg zur Lösung der Kurdenfrage versperrt. Dagegen siegten kurdische Truppen in Irak und in Syrien klar gegen den IS, wodurch sich deren Legitimität im Westen erhöhte und sie weitere Gebiete unter ihre Kontrolle bringen konnten. Welches politische Schicksal die Kurden in der Türkei allerdings erwartet und inwieweit es den syrischen und irakischen Kurden nach

dem IS möglich sein wird, ihr politisches Schicksal (selbst) zu bestimmen, bleibt unklar.

Irans Kräftespiel im Nahen und Mittleren Osten

Das Abkommen vom Juli 2015, das den Umgang mit dem iranischen Nukleartechnologie-Programm regelt, ist beispielhaft für eine kooperative Handlungsweise zu Konfliktrisiken. Dennoch bleiben komplexe technologische und politische Fragen hinsichtlich der Umsetzung und Verifikation. ●



3. ROLLE UND FOLGEN INTERNATIONALER SANKTIONEN GEGEN IRAN

Der gemeinsame umfassende Aktionsplan (*Joint Comprehensive Plan of Action*, JCPOA) vom Juli 2015 wird die Unstimmigkeiten hinsichtlich des iranischen Atomprogramms vielleicht nicht dauerhaft lösen. Aber er hat die Spannungen in dieser Angelegenheit reduziert und einen Rahmen geschaffen, um die Gefahr einer ernsthaften Krise zwischen Iran und der internationalen Gemeinschaft zu beseitigen.

Internationale Sanktionen waren vor dem Abkommen ein wichtiger Faktor und werden dies bei der Umsetzung auch weiterhin sein. Die USA hatten Sanktionen bereits vor den wachsenden Spannungen bezüglich des iranischen Atomprogramms verhängt. Nach der Verschärfung der Krise folgten verschiedene Arten von Sanktionen gegen den Iran: Finanzsanktionen, Handelsanktionen, Sanktionen hinsichtlich des Handels mit konventionellen Waffen und doppelverwendungsfähigen Gütern, sowie Reise- und Transport-Sanktionen. Diese Sanktionen umfassten ein breites Spektrum, von gezielten bis hin zu weit gefassten Maßnahmen.

Sanktionen durch die Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen verhängten gegen iranische Personen und Körperschaften gezielte, nuklear-bezogene Sanktionen gegen den Handel mit Waffen und doppelverwendungsfähigen Gütern. Andere Akteure, insbesondere die USA und die Europäische Gemeinschaft, wandten erheblich umfassendere Sanktion an. Diese eigenständigen Sanktionen ohne UN-Mandat führten zu Restriktionen, die in UN-Resolutionen gefordert, aber nicht obligatorisch festgesetzt worden waren. Mit

der Zeit weiteten sie sich auch auf bestimmte Arten von Sanktionen aus – insbesondere in Bezug auf finanzielle Transaktionen –, die nicht klar durch die UN-Entscheidungen vorgegeben waren.

Wenn man annimmt, dass umfassendere Sanktionen ein wichtiger Faktor für die Aushandlung der JCPOA-Konditionen waren, wäre dies ein starkes Argument dafür, in künftigen Sicherheitsratsresolutionen weitere finanzielle und handelsbezogene Sanktionen bindend festzuschreiben. Dies würde zumindest teilweise dazu beitragen, unerwünschte Nebeneffekte zu vermeiden.

Die Erleichterung von Sanktionen

Das JCPOA öffnet den Weg, Sanktionen für iranische Personen und Körperschaften zu erleichtern. Diese Entlastung bezieht sich allerdings nur auf nuklear-bezogene Sanktionen, wobei der Iran einer Reihe weiterer Sanktionsregime untersteht. Sollte es sich für den Iran herausstellen, dass die Erleichterungen durch das JCPOA durch Maßnahmen aufgrund von anderen Sanktionsregimen untergraben werden, könnte dies das Abkommen gefährden.

Es ist daher wichtig, die Rolle und Wirkung von Sanktionen in Zusammenhang mit dem iranischen Atomprogramm zu verstehen – sowohl im konkreten Fall, als auch als Indikator für die Rolle von Sanktionen in internationalen Auseinandersetzungen. ●



4. EXTERNE UNTERSTÜTZUNG IN BÜRGERKRIEGEN UND ANDEREN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN

Mindestens in Zweidritteln aller innerstaatlichen Konflikte seit 1975 hat externe Unterstützung in irgendeiner Form eine Rolle gespielt. Dazu gehört die direkte Beteiligung durch Militär oder Sicherheitspersonal. Es kann sich aber auch um weniger direkte Formen der Unterstützung handeln, wie die Bereitstellung nachrichtendienstlicher Informationen oder logistische Hilfe, Finanzierung, die Gewähr von Zuflucht oder Training, handeln. Die Zahl militärischer Interventionen bei internen Konflikten hat sich seit September 2001 mehr als verdoppelt, wobei in den letzten Jahren zunehmend Unterstützung durch Bodentruppen, auch mit eigenem Personal („Boots on the ground“) gewährt wurde. Externe Hilfe ist eine entscheidende Variable in der Dynamik von Konflikten: häufig werden diese dadurch tödlicher, dauern länger und sind schwieriger durch eine Verhandlungslösung beizulegen. Es scheint außerdem erwiesen, dass Angriffe auf Zivilisten zunehmen und die Gefahr einer Ausweitung auf zwischenstaatliche Konflikte steigt. Die Forschung zu externer Unterstützung in Bürgerkriegen zeigt, wie sich deren Strukturen über die Jahre hin verändert haben. Die beiden aktuellen bewaffneten Konflikte in Syrien und der Ukraine veranschaulichen, dass es sich bei Bürgerkriegen selten um rein innere Angelegenheiten handelt.

Syrien

Seit 2012 wird Syrien durch einen Bürgerkrieg verwüstet und dient konkurrierenden externen Kräften als Stellvertreter-Schlachtfeld. Eine Reihe immer entschlossenerer Interventionen und

Gegeninterventionen, bei denen externe Kräfte ihre jeweiligen staatlichen oder nicht-staatlichen Verbündeten oder Vertreter in Syrien unterstützten, führte 2015 zu einer dramatischen Ausweitung der Einmischung von Drittparteien. Die militärische Intervention Russlands im September 2015 zugunsten der syrischen Regierung bildete einen deutlichen Wendepunkt in dem Konflikt. Allerdings wird diese wohl kaum zu einem finalen militärischen Sieg oder einer tragfähigen politischen Lösung führen. Vielmehr könnte dies den syrischen Konflikt nur in unvorhersehbare Richtungen stoßen.

Ukraine

Die Bezeichnung „Bürgerkrieg“ ist im Hinblick auf den Konflikt in der Ukraine umstritten – gerade durch die Art der Intervention Russlands, aber auch deren Umfang. Die Grundlagen für den Konflikt bestanden in der Ukraine bereits Ende 2013. Doch die entscheidenden Auslöser dafür, dass aus einem internen Konflikt Gewalt – und schließlich Krieg – wurde, lieferten wohl Russland bzw. russische und ukrainische Anhänger des abgesetzten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch. So tauchten vor Ort erst paramilitärische, dann militärische Kräfte, Waffen und andere Ressourcen russischer Herkunft auf. Die westliche Unterstützung für die ukrainische Übergangsregierung scheint geringere Auswirkungen auf den Konflikt gehabt zu haben. Der erste ernstzunehmende Waffenstillstand und ein weiterer Rückzug russischer Truppen aus der Ostukraine im September 2015 fielen mit der Intervention Russlands in Syrien zusammen. Dennoch blieb Ende 2015, als sich das Minsk II-Abkommen zu entwirren schien, unklar, ob die Ukraine sich auf dem Weg zum Frieden befindet – sowohl innerstaatlich, als auch mit Russland. ●



5. DIE IMPLEMENTIERUNG DES FRIEDENSPROZESSES IN MALI

Der anhaltende Friedensprozess in Mali führte Mitte 2015 zu einem Friedensabkommen. Durch den Konflikt, der im Januar 2012 in Nord-Mali begann, flüchtete etwa ein Drittel der Bevölkerung aus der nördlichen Region in andere Landesteile oder Nachbarstaaten. Ein Waffenstillstandsabkommen und ein Fahrplan für Friedensverhandlungen wurden vereinbart und im Juli 2014 unterschrieben. Dies führte zu den Friedensgesprächen in Algier. Der einjährige Verhandlungsprozess unter Leitung Algeriens und Beteiligung einiger internationaler Organisationen und Nachbarstaaten führte schließlich zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags.

Herausforderungen bei der Implementierung des Friedensabkommens

Die vier größten Herausforderungen sind: (a) die Komplexität des Konflikts, (b) die Fragmentierung der beteiligten Akteure, (c) die zunehmende Präsenz gewalttätiger extremistischer Gruppen in Nord-Mali, und (d) die Zunahme organisierter Kriminalität.

Der ursprüngliche Konflikt in Mali ist eine Folge der Bestrebungen der Tuareg-geführten Bewegung nach Selbstbestimmung. Seit der Unabhängigkeit Malis in den 1960er Jahren war es regelmäßig zu Aufständen und Rebellionen gekommen. Aber die Wurzeln liegen tiefer in der Geschichte Malis und der Sahelzone. In Folge dieses unzureichend gelösten Kernkonflikts haben sich in Nord-Mali immer weitere Konflikte zwischen und innerhalb von Bevölkerungsgruppen gebildet, was zu einer komplexen Dynamik und einer parallelen Ausbreitung bewaffneter Gruppen führte.

Gleichzeitig bestehen komplexe Verbindungen zwischen gewaltsamen religiösen Extremisten, organisierter Kriminalität und dem bewaffneten Konflikt. Bewaffnete extremistische Gruppen waren an den Kämpfen beteiligt, wodurch erst die politische bewaffnete Rebellion der Tuareg zu einem religiösen Aufstand wurde. Für die Bevölkerung Malis hatte dies schwerwiegende Folgen, da die siegreichen Gruppen in den Gebieten Nord-Malis, die sie vorübergehend besetzten, eine verzerrte und gewaltsame Form der Scharia einführten.

Externe militärische Interventionen durch französische, afrikanische und UN-Truppen haben die extremistischen Gruppen in den Untergrund gedrängt. Allerdings wurden diese nicht besiegt und die Entwicklung in Libyen, das zu einer Basis für militärische Extremisten geworden ist, ist beunruhigend.

Das Friedensabkommen von 2015 legt deutliche Schwerpunkte auf Regierungshandeln, sowie sozio-ökonomische und kulturelle Fragen. Im Friedensprozess selbst verfolgt man dagegen eine zweigleisige Vorgehensweise und konzentriert sich zum einen auf innenpolitische und sicherheitsbezogene Herausforderungen sowie den länderübergreifenden gewaltsamen Extremismus und organisierte Kriminalität. Die Ziele, zu deren Umsetzung eine kontinuierliche und engagierte Beteiligung und Unterstützung einer Reihe von Akteuren nötig sein wird, sind ambitioniert. Es ist das fünfte Friedensabkommen zwischen dem malischen Staat und der Tuareg-geführten bewaffneten Bewegung. Das allein zeigt, wie schwierig es ist, allein diesen anhaltenden Konflikt zu lösen - auch ohne weitere Herausforderungen durch gewaltsamen Extremismus oder organisierte Kriminalität. ●



6. DATENENTWICKLUNG ZU BEWAFFNETEN KONFLIKTEN

Obwohl die Verfügbarkeit und Aussagekraft von Datensätzen zu verschiedenen Gewaltformen in letzter Zeit verbessert wurden, bleiben zentrale Fragen zu deren Umfang und aktuellen Entwicklungen offen. Hat die von Menschen zugefügte Gewalt in den letzten Jahren stetig abgenommen? Falls ja, deutet die derzeitige Entwicklung bewaffneter Konflikte auf eine Abkehr von diesem Frieden hin?

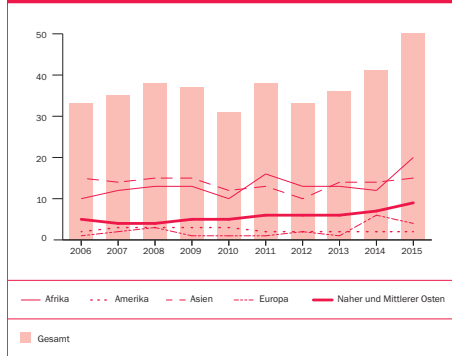
Muster bewaffneter Konflikte, 2006–15

Nach Angaben des *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP) stieg die Zahl offener bewaffneter Konflikte von 41 im Jahre 2014, auf 50 in 2015. Dies lag v.a. daran, dass sich der Islamische Staat (IS) in zwölf Staaten weiter ausbreitete. Von den 50 offenen Konflikten wird nur einer (Indien-Pakistan) zwischen Staaten ausgetragen. Alle anderen sind innerstaatliche Konflikte um Herrschaft (19), Territorium (29) oder beides (1). Das Gewaltniveau bewaffneter Konflikte liegt heute aber immer noch deutlich niedriger als zu Zeiten des Kalten Krieges, was u.a. daran liegt, dass die internationale Gemeinschaft bessere Mechanismen entwickelt hat um damit umzugehen.

Eine Abkehr vom Frieden? Die Rolle von Auslandsbeteiligung in bewaffneten Konflikten

Wann würde man angesichts des derzeitigen Aufflammens bewaffneter Konflikte von einer Abkehr vom Frieden sprechen? Für den Nahen und Mittleren Osten wäre dies dann am wahrscheinlichsten, wenn die ausländische Beteiligung an den bewaffneten Konflikten dort derart weiter zunehmen sollte.

REGIONALE VERTEILUNG UND GESAMTZAHL BEWAFFNETER KONFLIKTE, 2006–15



Ein Großteil der kampfbedingten Toten geht auf das Konto eines einzigen Konflikts, nämlich dem in Syrien. Ähnliches galt in den Zeiträumen 1967–75 und 1978–98 für den Bürgerkrieg in Kambodscha. Beide Konflikte bieten viele Parallelen. Zu den wichtigsten Erkenntnissen gehört, dass eine Verhandlungslösung in Kambodscha erst möglich war, als die ausländischen Unterstützer ihre Differenzen beigelegt hatten.

Gewalt und Konflikt in Zeiten der nachhaltigen Entwicklungsziele

Ziel 16 für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal, SDG) ruft die internationale Gemeinschaft auf, „friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung [zu] fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz [zu] ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen auf[zubau]en.“ Eine transparente und systematische Erfassung von Daten zu politischer und sozialer Gewalt ist wichtig, um mit der entsprechenden Verwundbarkeit von Bürgern umzugehen. Eine der vielversprechendsten Wege ist es, die Befugnisse und Fähigkeiten



lokaler Institutionen zu stärken, um Konfliktkdaten systematisch zu erfassen, kodieren, speichern, verwalten und zu analysieren. Wenn verschiedene Arten von Daten erfasst werden, ist sichergestellt, dass die gesammelten Informationen: zur vergleichenden Analyse und globalen Überprüfung von Fortschritten im Sinne des SDG 16 geeignet, sowie lokal beschränkt, sachdienlich und verwendbar sind und effektiv beeinflussen, wie sehr die Leute ihre Gesellschaft als gerecht, friedlich und inklusiv empfinden.

Opfererfassung in bewaffneten Konflikten

Die Verpflichtung von Staaten, Opferzahlen zu erfassen, insbesondere hinsichtlich des Schutzes von Zivilisten, bleibt weitgehend unerfüllt. Staaten haben eine langjährige Praxis darin, militärische Opferzahlen zu erfassen, doch sich genauer mit zivilen Toten zu befassen, passiert entweder selten oder kaum konsistent. Daher wächst die Forderung, in bewaffneten Konflikten jeden Toten ordnungsgemäß zu erfassen.

Die Schätzung von Opferzahlen kann immer nur darauf zielen, die Zahl von Menschen zu erfassen, die möglicherweise getötet wurden. Die Erfassung von Opfern dient dazu herauszufinden, wer, wie, wann, wo getötet wurde. Die Sammlung solcher detaillierter Datensätze über Tote ist der Versuch, einen Überblick über die verschiedenen Schäden an einer Gesellschaft zu erhalten und die menschlichen Schicksale hinter den Statistiken sichtbar zu machen. In vielen Konflikten sind es v.a. zivilgesellschaftliche Organisationen, die bereits effektiv die Daten über Opfer sammeln. Im Grunde dient diese Erfassung einer Humanisierung und Anerkennung der Opfer, zum Schutze derer die zurückbleiben. ●

GLOBAL PEACE INDEX, 2016

Der *Global Peace Index (GPI)*, ermittelt vom *Institute for Economics and Peace*, verwendet 23 Indikatoren, um 163 Staaten gemäß ihres relativen Friedenszustands einzustufen. Das GPI 2016 verzeichnet einen anhaltenden Rückgang an Friedfertigkeit weltweit, wobei der Nahe und Mittlere Osten sowie Nordafrika am meisten dafür verantwortlich sind. Eine regionale Verbesserung wurde in Zentralamerika und der Karibik verzeichnet. Der Gesamtrückgang ist auch weiterhin v.a. auf negative Änderungen folgender Indikatoren zurückzuführen: (a) die Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen, (b) die Auswirkungen von Terrorismus und (c) der Anzahl interner und externer Konflikte und die damit verbundene Anzahl von kampfbedingten Toten.

Platz	Land	Wert	Änderungen
1	Island	1,192	-0,007
2	Dänemark	1,246	+0,028
3	Österreich	1,278	-0,007
4	Neuseeland	1,287	-0,025
5	Portugal	1,356	-0,092
159	Somalia	3,414	+0,105
160	Afghanistan	3,538	+0,036
161	Irak	3,570	+0,021
162	Südsudan	3,593	+0,003
163	Syrien	3,806	+0,040



7. FRIEDENSEINSÄTZE UND KONFLIKTMANAGEMENT

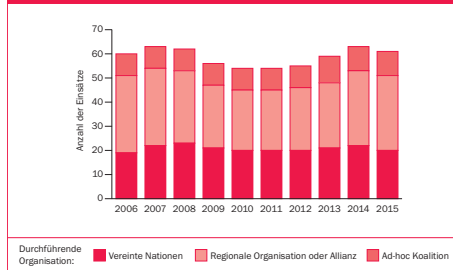
Trends und Entwicklungen bei Friedenseinsätzen 2015

Die Trends und Entwicklungen zu Friedenseinsätzen konnten sich 2015 konsolidieren. Trotz weiterer Konflikte und Krisen setzten die Lösungsversuche der internationalen Gemeinschaft nur selten auf neue oder deutlich verstärkte Friedenseinsätze.

Vier verhältnismäßig kleine Missionen starteten, während drei relativ kleine beendet wurden. Eine kleinere Militärberater-Mission der Europäischen Union (EU) trat an die Stelle des EU-Militäreinsatzes in der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR RCA). Der Mechanismus zur Überwachung und Verifikation der *Intergovernmental Authority on Development* im Südsudan (IGAD MVF) wurde nach dem Friedensabkommen durch einen neuen Mechanismus zur Waffenstillstandsüberwachung abgelöst. Der Nordatlantikpakt (NATO) löste seinen Einsatz in Afghanistan ab. Außerdem wurde eine zusätzliche EU-Mission nach Mali entsandt und die französische Operation Einhorn (*Opération Licorne*) in der Elfenbeinküste beendet. Insgesamt gab es 2015 zwei Friedenseinsätze weniger als 2014.

An den 61 aktiven Einsätzen 2015 waren 162.703 Personen, und damit etwas mehr als im Vorjahr, beteiligt. Damit wurde der allgemeine Personalrückgang bei Friedenseinsätzen seit 2012 zunächst gestoppt. Verantwortlich für etwa ein Drittel aller Friedenseinsätze (20 von 61), 70 Prozent des Personals (113.660 von insgesamt 162.703) und einen Personalzuwachs von 3.336 im Vergleich zu 2014 blieb die UN der wichtigste Akteur im Bereich Friedenseinsätze.

ANZAHL MULTILATERALER FRIEDENSEINSÄTZE NACH ART DER DURCHFÜHRENDE ORGANISATION, 2006–15



Wie kommt es 2015 zur Konsolidierung und was verspricht die Zukunft?

Mehrere Ursachen sind für die Konsolidierung im Jahr 2015 verantwortlich. Erstens verhindern geopolitische Hindernisse, scheiternde Friedensprozesse oder die Sicherheitslage in einigen Konflikten den Einsatz neuer Friedensmissionen. Zweitens, wurden in den Ländern, in denen sich Großmachtinteressen überschneiden und die Situation einen Friedenseinsatz zulässt, bereits entsprechende Missionen eingerichtet. Drittens, griffen internationale und regionale Akteure in ihren Bemühungen um Konfliktlösung und im Umgang mit dschihadistischen Gruppen wie Boko Haram auf andere Mittel zurück, wie etwa militärische Interventionen oder die direkte bzw. indirekte Unterstützung lokaler Verbündeter.

Einerseits stehen einige Einsätze auf Abruf, so dass die Zahl der Missionen sowie die Personalstärke insgesamt vermutlich abnehmen. Gleichzeitig zeichnen sich aber in Ländern wie Burundi, Libyen, Syrien, der Ukraine und Jemen, möglicherweise groß angelegte Stabilisierungsoperationen ab.



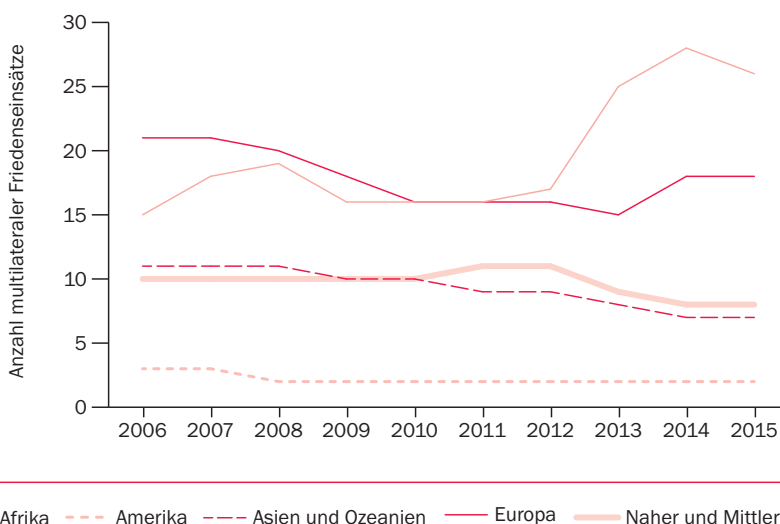
Hochrangiges unabhängiges Expertengremium zu UN-Friedenseinsätzen

Das hochrangige unabhängige Expertengremium zu UN-Friedenseinsätzen (*High-level Independent Panel on UN Peace Operations*, HIPPO) konnte im Laufe des Jahres seine Prüfung abschließen und dem UN-Generalsekretär, zusammen mit Verbesserungsvorschlägen für zukünftige UN-Friedenseinsätze, vorstellen. Da HIPPO nicht an andere großangelegte Reformvorhaben innerhalb der UN angeknüpft war, wurde die Chance vertan, hier bereichs-übergreifende Wirkungen auf das UN-System zu erzielen. Es wäre außerdem sinnvoll gewesen, klarere Empfehlungen für Einsätze zu formulieren, in denen es „keinen Frieden zu halten“ oder keinen politischen Prozess zu begleiten gibt. Indem UN-Stabilisierungseinsätze immer häufiger werden und Blauhelme asymmetrischen und unkonventionellen Bedrohungen ausgesetzt sind, ist Vorsicht nicht

genug. Die große Wahrscheinlichkeit einer Stabilisierungskomponente sollte in der Planung und doktrinären Entwicklung von UN-Blauhelmeinsätzen vorausgesetzt und berücksichtigt werden. Der UN-Generalsekretär hat einen Bericht vorgestellt, der darlegt, wie die Empfehlungen von HIPPO umgesetzt werden sollen. Viele dieser Empfehlungen wurden auch beim *Leaders' Summit on Peacekeeping* von den UN-Mitgliedsstaaten verabschiedet.

2015 war auch ein Jahr, in dem der Ruf der UN ernsthaft beschädigt und deren Bemühungen durch Berichte über sexuelle Ausbeutung und Missbrauch in der Zentralafrikanischen Republik und angebliche Vertuschungen untergraben wurden. Die Systeme zum Umgang mit derartigem Missbrauch sind eindeutig unzureichend und die Forderungen von HIPPO nach diesbezüglichen Änderungen sollten schnellstmöglich erfüllt werden. ●

ANZAHL MULTILATERALER FRIEDENSEINSÄTZE NACH REGION, 2006-15



8. FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT

Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit (*Women, Peace and Security*, WPS) umfasst acht Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, die eine Gender-Perspektive in diverse Friedens- und Sicherheitsforen einfließen lassen. Ziel ist eine Beteiligung von Frauen an der Verhütung von bewaffneten Konflikten und an Friedensbildung sowie der Schutz von Frauen und Mädchen in Konflikten. Der grundlegende Beschluss, Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats, wurde im Oktober 2000 einstimmig angenommen. Dies war die erste Resolution des Sicherheitsrats, die explizit die Folgen bewaffneter Konflikte auf Frauen und deren Beitrag zu Konfliktlösung und nachhaltigem Frieden thematisierte. Diese formale Agenda hat eine transnationale, epistemische Gemeinschaft aus Regierungen, Personen aus Privatwirtschaft, Forschung und v.a. Zivilgesellschaft hervorgebracht. Viele Beteiligte stammen aus der Frauenfriedensbewegung.

Die WPS-Agenda wurde dafür gelobt, insgesamt ein besseres Verständnis für die Relevanz einer Gender-Perspektive im internationalen Friedens- und Sicherheitsdiskurs gefördert zu haben. Allerdings gab es auch einige Kritik an mangelndem politischen Willen und finanziellen Mitteln bei der Umsetzung.

UN-Resolution 2242 ist die jüngste Entscheidung des Sicherheitsrats zur Ergänzung des WPS-Instrumentariums. Sie spiegelt auch einige der neuen Herausforderungen für globalen Frieden und Sicherheit wider, wie Klimawandel, die steigende Zahl an Flüchtlingen und intern Vertriebenen sowie gewaltsamen Extremismus.

Der 15. Jahrestag der Resolution 1325

Der 15. Jahrestag der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats bot Anlass, offiziell über den gegenwärtigen und künftigen Kurs der WPS-Agenda nachzudenken. 2015 wurden die Berichte vier wesentlicher Prüfungsverfahren vorgelegt: der hochrangige Bericht (*High-level Review*) zu Frauen, Frieden und Sicherheit, die Globale Studie zur Umsetzung von Resolution 1325, der Bericht des hochrangigen unabhängigen Panels zu UN-Friedenseinsätzen (HIPPO) und der Bericht der Beratenden Expertengruppe für die Überprüfung der UN-Peacekeeping-Architektur 2015. Letztere boten wichtige Einsichten in den gegenwärtigen Stand der Umsetzung von Resolution 1325, insbesondere im Rahmen von Blauhelmeinsätzen und Friedensbildung durch die UN.

Reformen des Sicherheitssektors und Gesundheit

Die Umsetzung der WPS-Agenda im Rahmen von Reformen des Sicherheitssektors (SSR) und Gesundheitswesen zeigen, dass alle Bereiche in Gesellschaft und Regierung gefordert sind. Trotz einiger Fortschritte muss noch einiges getan werden damit bspw. SSR-Programme gender-sensitiv sind und eine direkte und substanzvolle Beteiligung von Frauen umfassen.

Eine optimistische Einschätzung der WPS-Agenda stellt fest, dass Maßnahmen zur Gleichstellung (*Gender-Mainstreaming*) als Standard etabliert und *Gender* in Zusammenhang mit Konflikten stärker wahrgenommen wird, insbesondere in Bezug auf sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten. Größere Hürden bleiben allerdings, was die Umsetzung betrifft. Auch bleibt offen, wie größere Änderungen für das alltägliche Leben von Frauen in Konflikten erzielt werden können. ●



9. DIE ZIELE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG UND DIE HERAUSFORDERUNGEN VON HILFE UND ENTWICKLUNG AN GEFAHRENORTEN

Die Ereignisse von 2015 machten es zu einem besonders wichtigen Jahr für Sicherheit und Entwicklung. Eine neue Entwicklungs-Agenda wurde durch die Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs) festgeschrieben und eine Reihe von Überprüfungsverfahren zogen Bilanz darüber, was im Bereich internationale Entwicklung funktioniert - und was nicht. Die Chancen für die Umsetzung der SDGs, konkurrierend mit den Herausforderungen, an Gefahrenorten Humanitär- und Entwicklungshilfe zu leisten, blieben umstritten.

Die 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung (SDGs, 2015-2030) hat ihren Radius relativ zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs, 2000-15) erweitert. Eine Reihe von Überprüfungs- und Reforminitiativen werden nun neu justiert, um die SDG-Agenda umzusetzen. Die Entwicklungsziele sind besonders wichtig für die 2,58 Mrd. Menschen, die in gefährlichen Ländern leben. Die Sterberaten aufgrund von Gewalt sind hier besonders hoch, ebenso die Zahl an Flüchtlingen und intern Vertriebenen. 36 Prozent der Weltbevölkerung lebt an solchen Gefahrenorten (*dangerous places*), die zudem für 61 Prozent weltweiter Armut stehen 67 Prozent der Kinder, die dort leben, werden in den kommenden 15 Jahren keinen weiterführenden Schulabschluss erreichen. Entwicklungs-herausforderungen sind gleichzeitig Sicherheitsaufgaben: 78 Prozent der gewaltbedingten Tode ereignen sich hier und 98 Prozent der Flüchtlinge und 97 Prozent der intern Vertriebenen weltweit stammt von dort.

Humanitäre Notfälle 2015

Die meisten Notfälle weltweit ereignen sich an Gefahrenorten, so dass die Herausforderungen von Hilfe und Entwicklung auch in den noch verbleibenden 15 Jahren zur Umsetzung der 2030-Agenda miteinander verbunden bleiben werden. Ein kurzer Rückblick auf die wichtigsten humanitären Notfälle im Jahr 2015 unterstreichen das Ausmaß und die Tragweite humanitärer Katastrophen und Rettungsmaßnahmen. Der Umstand, dass fast alle diese Notfälle sich an gefährlichen Orten ereigneten, zeigt umso mehr wie sehr Notrettung und Sicherheit in fragilen Situationen miteinander verknüpft sind.

Nepal und Afghanistan

Das Erdbeben in Nepal 2015 ist ein gutes Beispiel für internationale Hilfsreaktionen, deren Effektivität nun anhand ihrer Wirkung bewertet werden kann. Wirkungsbewertung (*Impact Evaluation*) ist im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bereits üblich. Diese nun auch bei humanitärer Hilfe anzuwenden, sollte dazu beitragen, dass Maßnahmen bei künftigen Katastrophen effizienter und effektiver werden.

Die afghanische Regierung und internationale Akteure bemühten sich 2015, der afghanischen Bevölkerung Entwicklung, Frieden und Sicherheit zu bringen. Nepal und Afghanistan stehen beispielhaft für die Herausforderungen, vor denen Staaten bei der Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung stehen, wenn Fragilität, Gewalt und Notfälle sich überschneiden. ●



10. INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE, CYBERSICHERHEIT UND MENSCHLICHE ENTWICKLUNG

Es besteht eine Verbindung zwischen dem Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), Cybersicherheit und menschlicher Entwicklung. IKT bietet Menschen noch nie dagewesene Möglichkeiten, Wissen und Fähigkeiten zu erlangen, die sie zu ihrem eigenen Interesse oder zum Wohle der Gesellschaft insgesamt nutzen können. Es gibt bislang keine umfassenden Untersuchungen, welchen Einfluss der Zugang zu IKT auf die menschliche Entwicklung in Entwicklungsländern hat. Einige Fallstudien stellen den Diskurs über eine positive transformative Macht dieser Technologien infrage und zeigen, dass ein erweiterter Zugang zu IKT in einigen Fällen die bestehenden Muster von Vorherrschaft und Ungleichheit eher noch verstärkt haben.

Cyberrisiken und -bedrohungen

IKT kann auch unzählige Risiken erzeugen, da es böswilligen Aktivitäten neue Mittel offeriert. Bestrebungen, den breiten Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien zu ermöglichen, müssen auch Überlegungen zu Cybersicherheit beinhalten, um effektiv und nachhaltig zu sein. Derartige Vorhaben können jedoch ihrerseits Risiken für die menschliche Entwicklung bergen, da die Sicherheitsinteressen von Staaten und Individuen nicht immer übereinstimmen. Eine verstärkte Cyber-Überwachung und Filterung des Internets kann umgekehrt Auswirkungen auf grundlegende Menschenrechte und menschliche Sicherheit haben.

Betrachtet man Cybersicherheit aus dem Blickwinkel menschlicher Sicherheit, benötigt man einen holistischen Ansatz, der sich

mit den Risiken durch Internetkriminalität und komplexe Cyberbedrohungen beschäftigt, aber gleichzeitig die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung achtet. Die Verfahrensabläufe mit denen Staaten aufgrund nationaler Sicherheitsinteressen die Möglichkeiten der Bürger einschränken, sich an den Chancen der IKT zu erfreuen, sollten transparent, rechenschaftspflichtig und inklusiv sein.

Digitale Menschenrechte

Entwicklungsländer sind unterschiedlich gut in der Lage, technisch, politisch und rechtlich mit Risiken für die menschliche Sicherheit umzugehen, die der Zugang zu Kommunikations- und Informationstechnologie birgt. Entwicklungsagenturen sehen zunehmend die Notwendigkeit, Initiativen zur Demokratisierung des Zugangs zu IKT mit Bestrebungen zu verknüpfen, die nationalen Fähigkeiten zu Sicherheit im Netz und digitalen Menschenrechten zu stärken.

Die Internationale Fernmeldeunion ist derzeit Vorreiter im entsprechenden Kapazitätsaufbau. Digitale Menschenrechte und die Freiheit des Internets werden in der Regel durch direkte Hilfe auf politischer Ebene unterstützt, etwa bei der Erstellung eines Gesetzes zu Datenschutz und Datensicherheit oder von Standards zur elektronischen Überwachung. Es gibt allerdings keine internationalen Standards zu digitalen Menschenrechten. Die Festlegung von Standards zur elektronischen Überwachung ist ebenfalls ein umstrittenes Thema. Jüngste Bestrebungen haben sich daher eher darauf konzentriert, die Lieferung von elektronischer Überwachungsausrüstung und Möglichkeiten zur Zensur an Länder, die diese für Menschenrechtsverstöße nutzen könnten, direkt oder indirekt einzuschränken. ●



11. UNSICHERHEIT UND BELASTBARKEIT IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Sicherheit war 2015 vermutlich ein weit wichtigeres Thema für die Europäische Union (EU) als jemals zuvor in den vergangenen 20 Jahren. Sicherheitsüberlegungen sind angesichts der sich rasch ändernden Umstände zu einer größeren Herausforderung geworden. Dazu gehören die weltweite Mobilität von Menschen, der freie Kapitalverkehr in einem fragmentierten und unzureichend regulierten Finanzsystem, die begrenzten Möglichkeiten von Staaten, mit dem Wandel und der Weiterentwicklung staatlicher Souveränität fertigzuwerden, der rasante technische Fortschritt und die durch Globalisierung, Urbanisierung und Digitalisierung verursachten demographischen räumlich-strukturellen Veränderungen.

Die Folgewirkungen von Krieg und Extremismus

Die Konflikte in Libyen, Syrien/Irak und der Ukraine verlangten 2015 nach einer Antwort der EU, auch, um mit den weitreichenden Folgen (*spill over effects*) der massiven Migrationsbewegungen und erhöhten Terrorgefahr umzugehen. Städte in der EU erlebten massenwirksame Terroranschläge, verübt von religiös motivierten Individuen oder Gruppen. Der Anschlag von Paris im November 2015 wurde durch eine große Gruppe von Angreifern ausgeführt, die z.T. in Konfliktgebieten militärisch ausgebildet worden waren und erhebliche logistische Unterstützung erhalten hatten. Dies stellte die EU vor ein neues Problem, die Terror bis dato v.a. im Rahmen von Strafverfolgung betrachtet hatte.

EU Bürger haben hohe Erwartungen. Viele haben nie etwas anderes als ein fried-

liches, stabiles und wohlhabendes Umfeld gekannt. Sie sind es gewohnt, sich frei bewegen zu können, ohne sich übermäßig Gedanken darüber zu machen, sie könnten Opfer eines Terroranschlags oder eines anderen Verbrechens werden.

Zweidrittel der Befragten einer EU-weiten Umfrage im April 2015 gaben jedoch an, dass sie künftig einen Anstieg von Terrorismus und organisierter Kriminalität in der EU erwarten. Als Ursache nannten sie den Zuwachs extremistischer Ideologien, Spill-over-Effekte durch Krieg und politische Instabilität außerhalb der EU sowie fortbestehende Armut und soziale Ausgrenzung. Außerdem gaben etwa 70 Prozent der Befragten an, dass Klimawandel und Umweltverschmutzung die Sicherheitsbedrohungen weiter verschärften.

Eine neue Sicherheitsstrategie der EU

2015 verabschiedete die EU eine neue interne Sicherheitsstrategie mit dem Fokus auf Terrorismus und organisierte Kriminalität. Auch andere Rahmenwerke zur öffentlichen Ordnung befassten sich mit sicherheitspolitischen Aspekten. Energiesicherheit wurde in einen neuen Rahmenplan zur Schaffung einer Energieunion aufgenommen, die Teil einer vorausschauenden Politik zum Klimawandel und seinen Auswirkungen ist.

Die Mitgliedsstaaten sind die erstrangigen Akteure der EU für den Umgang mit Sicherheitsbedrohungen. Allerdings ist die EU nicht nur eine Plattform, die zwischenstaatliche Dialoge organisiert und einen freiwilligen Informationsaustausch anregt. Mitgliedsstaaten erwarten und bestehen darauf, dass die gemeinsamen Instrumente direkt angewandt werden, um komplexe und zusammenhängende Herausforderungen besser anzugehen. Bürger erwarten von der



EU, dass diese ihren Teil dazu beiträgt, dass deren hohe Erwartungen erfüllt werden. Sie sind schnell mit Kritik dabei, wenn der Beitrag als wenig wirkungsvoll erscheint.

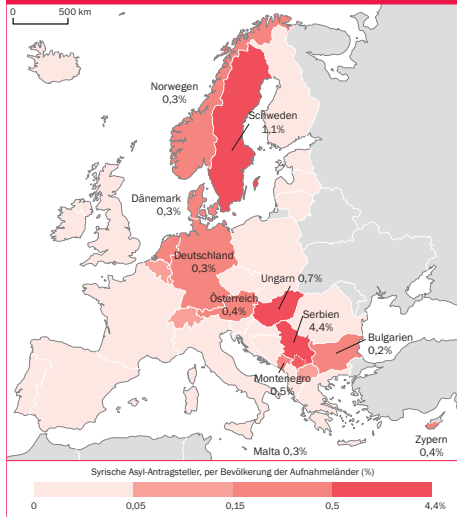
Die Arbeitspraxis der EU, wie zum Beispiel Planungs- und Budget-Zyklen über Zeiträume von fünf bis sieben Jahren, erlauben eine gewisse Nachhaltefähigkeit sowie Handlungskontinuität. Diese mögen für den Fall einer akuten Krise ungeeignet erscheinen, doch können sie langfristig zu wichtigen Systemänderungen führen. So mag in einer Union von 28 souveränen Staaten ein Ausgleich schwer zu erzielen sein, um sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Der fortwährende Dialog, der einer Vereinbarung vorausgeht, schafft jedoch Kontinuität, wenn eine Entscheidung erst einmal getroffen wurde.

Migration und Flüchtlinge

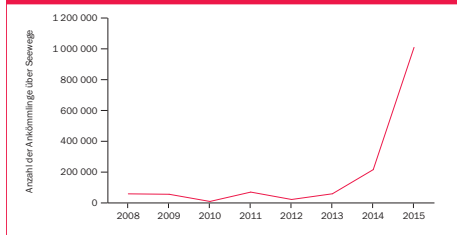
Während Einwanderung allein in die rechtliche Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten fällt, haben diese nationalen Entscheidungen über Zuwanderung aber Konsequenzen für die gesamte EU, insbesondere in Bezug auf Sicherheit. 2015 beauftragten die Mitgliedsstaaten die EU-Kommission mit der Erstellung einer umfassenden Agenda zur Migration, die, je nach Reaktion auf die Vorschläge, zu einem gemeinsamen Vorgehen führen könnte.

Im Gegensatz zum Thema Migration verfügt die EU im Umgang mit, vor bewaffneten Konflikten und Unterdrückung in ihren Heimatländern, Geflüchteten über einen gemeinsamen Rahmenplan. Obwohl die Suche nach Asyl ein gängiges Problem darstellt, waren die bestehenden Verfahren jedoch nicht auf die beispiellose Anzahl an Neuankömmlingen vorbereitet. Die plötzliche Ankunft sehr vieler Asylsuchender machte eine Notfallreaktion erforderlich. ●

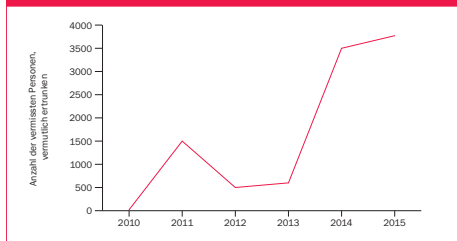
SYRISCHE ASYLBEWERBER IN EUROPA, JULI 2011-DEZ. 2015, ANTEIL AN DER GESAMTBEVÖLKERUNG DER AUFNAHME-LÄNDER 2014



ANZAHL DER NACH EUROPA ÜBER DAS MITTELMEER GEKOMMENEN FLÜCHTLINGE UND MIGRANTEN, 2008-15



ANZAHL DER VERMISSTEN PERSONEN UND DER VERMUTLICH BEIM VERSUCH EUROPA ZU ERREICHEN ERTRUNKENEN, 2010-15



12. KLIMA UND SICHERHEIT

In den zurückliegenden zehn Jahren wurde der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit, in Fachliteratur wie Politik, zunehmend anerkannt. So legt der jüngste Bericht des Weltklimarats (*Intergovernmental Panel on Climate Change*, IPCC) zunehmende Hinweise auf Verbindungen zwischen den Folgen des Klimawandels und menschlicher Sicherheit ausführlich dar.

Ein „Bedrohungsmultiplikator“

Klimawandel ist am ehesten als ein „Bedrohungsmultiplikator“ zu verstehen, der mit anderen vorhandenen Risiken und Belastungen interagiert und diese verschlimmert, was wiederum die Wahrscheinlichkeit von Instabilität und gewaltsamen Konflikten erhöhen kann. Das IPCC belegt, dass Umfeld-Faktoren wie „geringes Pro-Kopf-Einkommen, Wirtschaftskontraktion und inkonsistente staatliche Institutionen“ Konflikte hervorrufen können und empfindlich auf den Klimawandel reagieren. Es stellte außerdem fest, dass „Menschen, die an Orten mit gewaltsamen Konflikten leben, durch den Klimawandel besonders gefährdet sind“. Um dies weiter anzugehen, gaben die G7 2015 eine unabhängige Studie in Auftrag: *A New Climate for Peace: Taking Action on Climate and Fragility Risks* [deutsch: Ein neues Klima für Frieden: Vorgehen gegen Klimawandel und Fragilitätsrisiken] sieht in komplexen Risiken einige der Hauptverbindungen zwischen Klimawandel und Fragilität. Dazu gehören die Bedrohung von Lebensgrundlagen durch den Wettbewerb um Ressourcen, extreme Wettervorkommnisse, unbeständige Nahrungsmittelpreise und grenzüberschreitendes Wassermanagement, sowie die unbeabsichtigten Folgen des Klimawandel-

politik. Die Studie kommt außerdem zu dem Schluss, dass Minderung der Auswirkungen und Anpassung an den Klimawandel im Umgang mit Sicherheits- und Fragilitätsrisiken eine besondere Relevanz zukommt.

Angesichts der Zunahme an Fachliteratur zu dem Thema, fanden die möglichen Sicherheitsfolgen des Klimawandels, national wie international, bei Außen- und Sicherheitspolitikern immer mehr Beachtung. Dazu trugen auch die Debatten über Klimawandel und Sicherheit im UN-Sicherheitsrat 2007 und 2011 bei. 2011 bekräftigte der Sicherheitsrat: „Negative Folgen des Klimawandels könnten auf lange Sicht bereits bestehende Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit in der Welt verschärfen“.

Internationale politische Reaktionen

Dennoch steht die internationale Politik vor praktischen Hindernissen, um diese komplexen Zusammenhänge anzugehen. Beispielsweise erkennen die internationalen Rahmenabkommen von 2015, wie die nachhaltigen Entwicklungsziele, das Pariser Abkommen über den Klimawandel sowie die Erklärung von Sendai zur Katastrophenvorsorge, die Zusammenhänge zwischen den Risiken von Klimawandel und Sicherheit nicht an. Dies hat ein gemeinsames politisches Handeln behindert. Begriffe wie Belastbarkeit (*resilience*) und andere Konzepte haben jedoch dazu beigetragen, dass die Idee von „Interkonnektivität“ in den Vordergrund rückt. Immer mehr Geldgeber nehmen Einzelfragen in ihre Richtlinien, Programme und Entscheidungsprozesse zur Vergabe von Mitteln auf. Die neu entstehende „Resilienz“-Agenda wäre eine Chance, einen thematischen Rahmen zu schaffen, in den Anstrengungen aus verschiedenen Politikbereichen eingebettet werden könnten. ●



13. MILITÄRAUSGABEN

Die weltweiten Militärausgaben werden für das Jahr 2015 auf 1.676 Mrd. US-Dollar geschätzt, was 2,3 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts oder Ausgaben von 228 US-Dollar pro Kopf entspricht. Die weltweiten Gesamtausgaben lagen damit im Realwert etwa 1 Prozent höher als in 2014.

In Nordamerika und den USA gingen die Rüstungsausgaben 2015 weiter zurück, wenn auch langsamer als in früheren Jahren. Die Ausgaben verringerten sich auch in Lateinamerika und in Afrika, was im letzteren Fall die Umkehrung eines jahrelangen Anstiegs bedeutet. Im Gegensatz dazu nahmen die Militärausgaben in Asien, Ozeanien, Osteuropa und, sofern die Daten zugänglich waren, auch in Staaten des Nahen und Mittleren Ostens weiter zu.

Entwicklung der Militärausgaben

Der starke Preisverfall bei Öl führte zu einem deutlichen Rückgang der Militärausgaben auch einiger erdölproduzierender Länder. Deren Ausgaben waren in den Jahren zuvor, als die Preise noch hoch waren, schnell gestiegen. Obwohl in einigen erdölproduzierenden Ländern auch weiterhin Ausgabensteigerungen zu verzeichnen waren, war deren Tempo häufig geringer als in früheren Jahren. Ein weiterer Ausgaberrückgang wird für 2016 erwartet. Dadurch scheint der öl-bedingte Boom von Militärausgaben in nicht-westlichen Ländern zu einem Ende zu kommen.

Die Militärausgaben der Vereinigten Staaten nahmen 2015 weiter ab. Allerdings gibt es Anzeichen dafür, dass dieser Rückgang zu Ende geht und für 2016 ein Anstieg [der Rüstungsausgaben] zu erwarten ist. Mit 596 Mrd. US-Dollar, und damit 36 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben, blieb der

WELTWEITE MILITÄRAUSGABEN, 2015

Region	Ausgaben (MLD\$)	Veränderung (%)
Afrika	(37,0)	-5,3
Nordafrika	(17,9)	2,1
Subsahara-Afrika	(19,1)	-11
Amerika	678	-2,5
Zentralamerika und Karibik	9,5	3,7
Nordamerika	611	-2,4
Südamerika	57,6	-4,0
Asien und Ozeanien	436	5,4
Zentral- und Südasien	68,0	0,9
Ostasien	302	5,7
Ozeanien	25,8	7,7
Südost-Asien	39,7	8,8
Europa	328	1,7
Osteuropa	74,4	7,5
West- und Mitteleuropa	253	-0,2
Naher und Mittlere Osten
Welt gesamt	1 676	1,0

() = ungefähre Schätzung; .. = keine Daten verfügbar. Alle Angaben in US-Dollar zum Tageskurs (2015). Alle Änderungen werden real ausgewiesen für den Zeitraum 2014–15.

amerikanische Rüstungsetat aber dennoch der mit Abstand höchste der Welt.

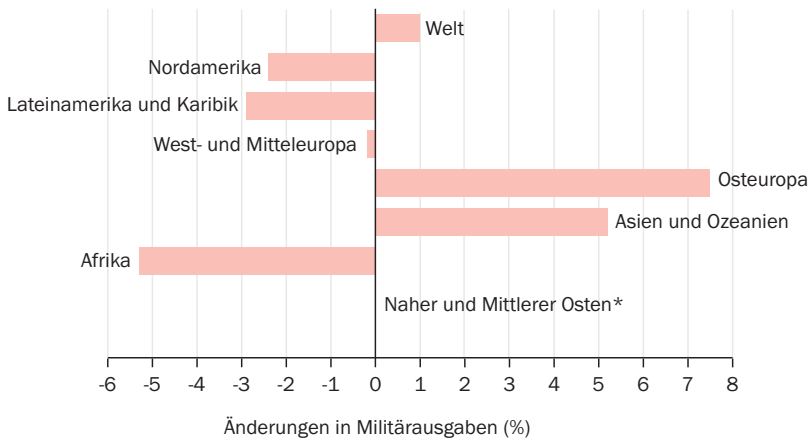
Die chinesischen Militärausgaben stiegen 2015 erneut, etwa im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum. Das 2015 veröffentlichte chinesische Verteidigungs-Weißbuch zu Militärstrategien zeichnete ein eher negatives Bild des geopolitischen Sicherheitsumfelds. Es signalisierte eine Ausweitung der militärischen Ambitionen Chinas, insbesondere im maritimen Bereich, sowie eine Verschiebung der Ausrichtung der Verteidigungsstrategie von Land hin auf See.

Opportunitätskosten von Militärausgaben

Die Opportunitätskosten von Militärausgaben in Bezug auf menschliche, soziale und



ÄNDERUNGEN WELTWEITER RÜSTUNGS-AUSGABEN NACH REGION, 2014-15



*Aufgrund der äußerst unsicheren Datenlage zu Militärausgaben im Nahen Osten werden 2015 dazu keine Angaben veröffentlicht.

wirtschaftliche Entwicklung sind erneut ein besonderes Thema. Ein Vergleich von Ausgabeentwicklungen bei Militär, Gesundheits- oder Bildungswesen seit 1995 zeigt, dass die meisten Länder ihre Ausgaben für Gesundheit und Erziehung erhöht haben, während Rüstungsausgaben gesenkt wurden. Allerdings ist die Entwicklung in einigen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie Osteuropas in die umgekehrte Richtung gegangen. Während eine immer größere Mehrheit von Ländern mehr in ihr Gesundheitswesen als in ihr Militär investiert, scheinen Länder im Nahen und Mittleren Osten und einige von Öleinnahmen abhängige Länder außerhalb der Region eine Ausnahme zu bilden. Es besteht augenscheinlich kein direkter Zusammenhang zwischen den Ausgabeentwicklungen von Ländern für Militär und denen für Gesundheit.

Eine Reihe von Studien hat die Kosten zur Erfüllung der Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs), die 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurden,

errechnet. Vergleicht man die Summen aus diesen Studien mit der Höhe der weltweiten Militärausgaben, kann man abschätzen, was alles erreicht werden könnte, wenn Teile dieser Ausgaben auf die SDGs verwandt würden. Entwicklungsziel 4 zur Bildung könnte ohne weiteres erreicht werden, wenn weniger als 10 Prozent der weltweiten Militärausgaben dazu verwendet würden; die Beseitigung von extremer Armut und Hunger (Ziele 1 und 2) wäre für etwas mehr als 10 Prozent zu erreichen. Etwas weniger als die Hälfte der weltweit jährlichen Militärausgaben würde ausreichen, um die meisten Entwicklungsziele zu erreichen, die zusätzliche finanzielle Ressourcen voraussetzen.

Daten über Militärausgaben

Die von SIPRI erstellten Tabellen über Rüstungsausgaben einzelner Länder sind einfach und kostenlos über die Datenbank über Rüstungsausgaben online abrufbar unter: www.sipri.org/databases/milex. ●



14. RÜSTUNGSPRODUKTION UND MILITÄRISCHE DIENSTLEISTUNGEN

Die Einnahmen aus Rüstungsverkäufen und militärischen Dienstleistungen der laut SIPRI wichtigsten 100 Anbieter gingen 2014 zum vierten Mal in Folge zurück. Diese beliefen sich 2014 auf insgesamt 401 Mrd. US-Dollar und lagen damit um 1,5 Prozent niedriger als 2013. Ungeachtet dieses steten Rückgangs waren die Umsätze 2014 im Vergleich um 43 Prozent höher als seitens der von SIPRI im Jahre 2002 ermittelten wichtigsten 100 Anbieter. In den USA und Westeuropa ansässige Firmen dominieren die Liste der wichtigsten 100 Anbieter, indem sie 2014 zusammen 80,3 Prozent der Gesamtgewinne der Top-100 verbuchen konnten. Diese Vormachtstellung wurde einzig in Folge der Finanzkrise von 2008 und dem Ende größerer US-geführter Militäroperationen im Nahen und Mittleren Osten untergraben.

Mit einem Wachstum von insgesamt 10 Prozent hat der signifikante Anstieg russischer Firmengewinne den Rückgang westlicher Firmen teilweise ausgeglichen.

Aufstrebende Hersteller

Die Rüstungsverkäufe anderer „etablierter Hersteller“ von der Liste der Top 100 nahmen 2014 um 6 Prozent zu. Grund dafür ist v.a. die immense Steigerung der Waffenverkäufe der polnischen Firma PGZ (effektiv um 98,4 Prozent). Australien und Japan steigerten ihre Rüstungsverkäufe um 17,5 bzw. 14,7 Prozent.

Die Umsatzsteigerungen von Top 100-gelisteten Firmen aus den vier „aufstrebenden Herstellerländern“ (Brasilien, Indien, Südkorea und Türkei) beliefen sich 2014 auf insgesamt 5,1 Prozent, was den Absatzrückgang, bezogen auf Waffenver-

DIE 10 GRÖSSTEN WAFFENPRODUZENTEN, 2014

Firma	Rüstungsverkäufe (\$ Mio.)	Gewinn (\$ Mio.)
1 Lockheed Martin	37 470	3 614
2 Boeing	28 300	5 446
3 BAE Systems	25 730	1 238
4 Raytheon	21 370	2 258
5 Northrop Grumman	19 660	2 069
6 General Dynamics	18 600	2 819
7 Airbus Group	14 490	3 117
8 United Technologies	13 020	6 220
9 Finmeccanica	10 540	27
10 L-3 Communications	9 810	..

.. = keine Daten verfügbar. Firmensitze befinden sich in den USA, mit Ausnahme von BAE Systems (GB), Airbus Group (trans-europäisch) und Finmeccanica (Italien). Zahlen in US-Dollar. Die Gewinnangaben beziehen sich auf alle Firmenaktivitäten, einschließlich nicht-militärischer Verkäufe.

käufe der wichtigsten 100 Anbieter, ebenfalls abmilderte. Darunter sicherte Brasilien 2014 den größten Zuwachs an Rüstungsverkäufen (24,7 Prozent), gefolgt von Südkorea (10,5 Prozent) und der Türkei (9,6 Prozent). Im Gegensatz dazu verzeichneten indische Rüstungshersteller einen Umsatzrückgang von insgesamt 7,1 Prozent.

Wenn der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Ländern wie Russland, Saudi-Arabien oder Venezuela, die einen Großteil ihrer Einkünfte aus Erdöleinnahmen beziehen, dazu führt, dass die dortigen Militärbudgets dem jeweiligen Steueraufkommen angepasst werden, könnte dies die Dynamiken, welche die Top 100 in den letzten vier Jahren beeinflusst haben, verändern. Andererseits könnten Sicherheitsbedenken in Ostasien sowie dem Nahen und Mittleren Osten dazu führen, dass Staaten ihre Militärausgaben und Waffenkäufe auch weiterhin als vorrangig betrachten. ●



15. INTERNATIONALE RÜSTUNGSTRANSFERS

Der Umfang internationaler Rüstungstransfers von schweren Waffen stieg zwischen 2006–10 und 2011–15 um 14 Prozent. Der Anteil der fünf größten Exporteure – USA, Russland, China, Frankreich und Deutschland – lag bei 74 Prozent der weltweiten Lieferungen.

Seit 1950 waren Firmen aus den USA und Russland die mit Abstand größten Waffeneporteure. Zusammen mit westeuropäischen Lieferanten dominieren sie seit langem die Liste der 10 wichtigsten Waffeneporteure und es gibt keine Anzeichen für eine wesentliche Änderung. Die Gruppe hat ihren Anteil an weltweiten Rüstungstransfers zwischen 2006–10 und 2011–15 erhöht, zumal sich China als einer der weltweit größten Exporteure für schwere Waffen fest in der Gruppe etablieren konnte.

Auf regionaler Ebene nahmen Waffenlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten zwischen 2006–10 und 2011–15 um 61 Prozent zu. Der Zustrom von Waffen nach Asien und Ozeanien sowie nach Afrika nahm in diesem Zeitraum ebenfalls um 26 bzw. 19 Prozent zu. Im Gegensatz dazu nahmen Waffenlieferungen nach Europa um 41 Prozent ab.

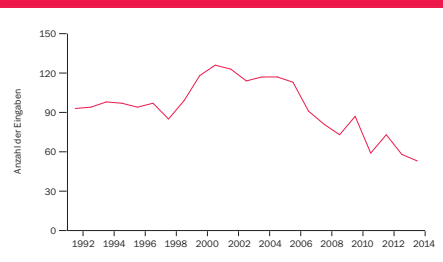
48 Prozent aller schweren Waffen wurden von 2011 bis 2015 von Staaten in Asien und Ozeanien importiert. Drei der fünf wichtigsten Importländer für schwere Waffen liegen in dieser Region, nämlich Indien, China und Australien.

Die 2015 anhaltenden Konflikte in vielen Regionen der Welt stehen häufig in direktem Zusammenhang mit Waffenkäufen aus dem Ausland. Der Nahe und Mittlere Osten sowie Nordafrika (MENA) verzeichnete in den letzten fünf Jahren einen signifikanten

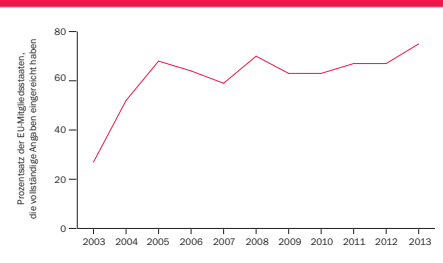
DIE WICHTIGSTEN EXPORTEURE UND IMPORTEURE SCHWERER WAFFEN, 2011–15

Weltmarkt-Exporteur		Weltmarkt-Importeur	
Exporteur	anteil (%)	Importeur	anteil (%)
1 USA	33	1 Indien	14
2 Russland	25	2 Saudi Arabien	7,0
3 China	5,9	3 China	4,7
4 Frankreich	5,6	4 VAE	4,6
5 Deutschland	4,7	5 Australien	3,6
6 Großbritannien	4,5	6 Türkei	3,4
7 Spanien	3,5	7 Pakistan	3,3
8 Italien	2,7	8 Vietnam	2,9
9 Ukraine	2,6	9 USA	2,9
10 Niederlande	2,0	10 Südkorea	2,6

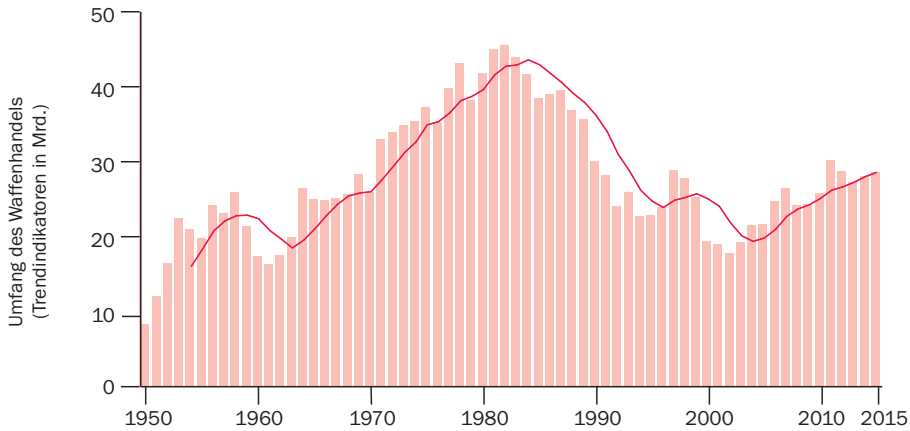
ANZAHL DER EINGABEN BEIM REGISTER FÜR KONVENTIONELLE WAFFEN DER VEREINTEN NATIONEN (UNROCA), 1992–2014



PROZENTSATZ DER EU-MITGLIEDSSTAATEN, DIE FÜR DEN EU-JAHRESBERICHT ÜBER RÜSTUNGSEXPORTE VOLLSTÄNDIGE ANGABEN EINGEREICHT HABEN, 2003–13



ENTWICKLUNG DES HANDELS MIT SCHWEREN WAFFEN, 1950–2015



Zuwachs an Rüstungsimporten. Der Einsatz importierter Waffen von MENA-Staaten im Konflikt in Jemen 2015 führte zu Diskussionen darüber, wie moralisch vertretbar oder sogar legal Waffenexporte an Staaten in der Region seien.

Transparenz bei Rüstungstransfers

Der Entwicklung der letzten Jahre folgend, war auch 2015 ein enttäuschendes Jahr hinsichtlich der Transparenz von Rüstungstransfers. Die Anzahl der Staaten, die Informationen über ihre Waffenim- und exporte an das UN-Register für konventionelle Waffen (*United Nations Register of Conventional Arms*, UNROCA) weitergaben, ging 2015 noch weiter zurück. Nur gut ein Viertel aller UN-Mitgliedsstaaten nutzte den UNROCA-Mechanismus um grundlegende Angaben über Importe und Exporte zu machen. Im Zeitraum von 2010 bis 2014, also den fünf letzten Berichtsjahren, gaben einige der von SIPRI gelisteten 10 wichtigsten Lieferanten für schwere Waffen kein einziges Mal entsprechende

Daten weiter, ebenso einige der größten Importeure. Die Beteiligung war in den letzten Jahren in einigen Regionen besonders gering, v.a. in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten. Mit Ausnahme von Westeuropa scheint die Beteiligung an regionalen Berichtsverfahren ebenfalls abzunehmen. Weder Asien noch der Nahe und Mittlere Osten verfügen über einen derartigen Mechanismus.

Der finanzielle Wert staatlicher Waffenexporte, 2014*

Während die Daten von SIPRI zu Rüstungstransfers nicht deren finanziellen Wert darstellen, veröffentlichen viele rüstungsexportierende Staaten die entsprechenden Zahlen selbst. Anhand dieser Informationen schätzt SIPRI das Gesamtvolumen des weltweiten Rüstungshandels für das Jahr 2014 auf mindestens 94,5 Mrd. US-Dollar. Die tatsächlichen Angaben sind vermutlich höher.

*Das letzte Jahr für das Daten verfügbar sind. ●



16. ATOMMÄCHTE WELTWEIT

Anfang 2016 besaßen neun Staaten etwa 15.395 Atomwaffen, etwa 4.120 davon einsatzbereit und um die 1.800 in höchster Alarmbereitschaft. Diese neun Atommächte sind: die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und die Demokratische Volksrepublik Korea (DPRK oder Nordkorea).

Nuklearbestände

Die Gesamtzahl nuklearer Sprengköpfe nimmt weltweit ab, insbesondere da die USA und Russland, infolge des Abkommens zur Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (Neuer START-Vertrag) von 2010 sowie einseitiger Abrüstung, ihre Bestände weiter verkleinern. Dieser Abbau scheint allerdings deutlich langsamer zu erfolgen und keine der beiden Seiten hat seine strategischen Atomstreitkräfte seit Anfang 2011 substantiell verkleinert. Gleichzeitig setzen sowohl die USA als auch Russland derzeit auf umfangreiche und kostspielige Modernisierungsprogramme für ihre verbliebenen nuklearen Trägersysteme, Sprengköpfe und Produktionsstätten.

Die übrigen Atommächte verfügen über deutlich kleinere Atomwaffenarsenale. Aber auch sie entwickeln oder stationieren derzeit neue Waffensysteme, oder haben dies zumindest angekündigt. Großbritannien (das sich 2015 für einen gleichwertigen Ersatz für „Trident“ entschieden hat) und Frankreich beabsichtigen ihre nuklearen Kapazitäten zu erhalten und zu modernisieren. China hat mit einem langfristigen Modernisierungsprogramm begonnen, um seine nuklearen Streitkräfte qualitativ zu verbessern. Sowohl Indien als auch Pakistan erweitern ihre Nuklearbestände und

entwickeln land-, see- und luftgestützte Raketenträgersysteme. Nordkorea schließlich priorisiert auch weiterhin sein militärisches Atomprogramm. Unklar ist dabei, ob es bereits einen nuklearen Sprengkopf entwickelt hat, der von einer ballistischen Rakete transportiert werden kann.

Unzureichende Transparenz

Der Stand verlässlicher Informationen über aktuelle Atomwaffenbestände und nukleare Fähigkeiten variiert zwischen den Atomwaffenstaaten erheblich. Die USA haben wichtige Informationen über ihre Bestände und Streitkräfte offengelegt, auch Frankreich und Großbritannien gaben einige Informationen bekannt. Russland teilt zwar, gemäß des Neuen START-Abkommens, detaillierte Aufstellungen seiner atomaren Streitkräfte den USA mit. Es macht diese Informationen jedoch nicht öffentlich. China bleibt äußerst intransparent. Die Regierungen von Pakistan und Indien haben Erklärungen zu einigen ihrer Raketentest abgegeben, allerdings ohne Informationen zu Stand oder Größe ihrer jeweiligen Bestände offenzulegen. Israel bestätigt weder - noch dementiert es öffentlich, dass es Atomwaffen besitzt und Nordkorea veröffentlicht keine Informationen über seine Nuklearkapazitäten.

Spaltmaterial

Das Ausgangsmaterial für Atomwaffen sind Spaltstoffe, also hoch angereichertes Uran (HEU) oder abgetrenntes Plutonium. China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA haben für ihre Atomwaffen HEU und Plutonium hergestellt, Indien und Israel vorzugsweise Plutonium, Pakistan dagegen v.a. HEU. Jeder Staat mit einer zivilen Atomindustrie ist in der Lage, spaltbares Material herzustellen. ●



ATOMMÄCHTE WELTWEIT, 2015

Land	Stationierte Sprengköpfe	Andere Sprengköpfe	Gesamter Bestand
USA	1 930	2 500	7 000
Russland	1 790	2 800	7 290
Großbritannien	120	–	215
Frankreich	280	10	300
China	–	–	260
Indien	–	..	100–120
Pakistan	–	..	110–130
Israel	–	..	80
Nordkorea	–	(10)	(10)
Gesamt	4 120	5 310	-15 395

.. = nicht anwendbar oder nicht verfügbar;
 – = Null; () = unklare Angaben. Alle Werte beruhen auf Schätzungen, Januar 2016.

WELTWEITE BESTÄNDE SPALTBAREN MATERIALS, 2015

Materialien, die der Kettenreaktion einer explosiven Kernspaltung standhalten können, sind für jede Art von nuklearen Sprengstoffen unverzichtbar. Das gilt für die erste Generation von Atombomben ebenso wie für hoch entwickelte thermonukleare Waffen. Die gängigsten spaltbaren Materialien sind hoch angereichertes Uran (*highly enriched uranium*, HEU) und Plutonium.

China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA haben für ihre Atomwaffen sowohl hoch angereichertes Uran als auch Plutonium hergestellt. Indien, Israel und Nordkorea nutzen in erster Linie Plutonium. Pakistan geht von HEU zunehmend zu Plutonium-Waffen über. Jeder Staat mit einer zivilen Atomindustrie ist in der Lage, spaltbares Material herzustellen.

Das *International Panel on Fissile Materials* (IPFM) stellt Informationen zu den globalen Beständen spaltbaren Materials zusammen.

Weltweite Bestände, 2015

Hoch angereichertes Uranium	~1 355 Tonnen
Gespaltenes Plutonium	
Militärbestände	~230 Tonnen
zivile Bestände	~275 Tonnen

SIPRI FACT SHEETS

Alljährlich vor Veröffentlichung der nächsten Ausgabe des SIPRI *Yearbook* stellt SIPRI eine Reihe wichtiger Datensätze (jeweils aus dem letzten Jahr, für das Daten verfügbar sind) der Öffentlichkeit vor. Dazu gehört ein detailliertes und aktualisiertes Informationsblatt (*Fact Sheet*), das die wichtigsten Erkenntnisse zu dem jeweiligen Thema herausstellt. Diese werden später in den entsprechenden Kapiteln des *Yearbook* eingehender untersucht. Die *Fact Sheets* sind für sich genommen umfassend - bieten gleichzeitig aber schon einen Blick auf die ausführlichere Darstellung im *Yearbook*.

Fleurant, A., Perlo-Freeman, S., Wezeman, P. D., Wezeman, S. T. och Kelly, N., 'The SIPRI Top 100 arms-producing and military services companies, 2014', SIPRI Fact Sheet, december 2015, <<https://www.sipri.org/publications/2015/sipri-fact-sheets/sipri-top-100-arms-producing-and-military-services-companies-2014>>.

Fleurant, A., Perlo-Freeman, S., Wezeman, P. D. och Wezeman, S. T., 'Trends in international arms transfers, 2015', SIPRI Fact Sheet, februari 2016, <<https://www.sipri.org/publications/2016/sipri-fact-sheets/trends-international-arms-transfers-2015>>.

Perlo-Freeman, S., Fleurant, A., Wezeman, P. D. och Wezeman, S. T., 'Trends in world military expenditure, 2015', SIPRI Fact Sheet, april 2016, <<https://www.sipri.org/publications/2016/sipri-fact-sheets/trends-world-military-expenditure-2015>>.

Kile, S. N. och Kristensen, H. M., 'Trends in world nuclear forces, 2016', SIPRI Fact Sheet, juni 2016, <<https://www.sipri.org/publications/2016/sipri-fact-sheets/trends-world-nuclear-forces-2016>>.



17. KONTROLLE UND NICHTVERBREITUNG VON ATOMWAFFEN

Irans Nuklearabkommen

Der Höhepunkt in Bezug auf die Nichtverbreitung von Atomwaffen war 2015 das bahnbrechende multilaterale Abkommen zur Begrenzung des iranischen Atomprogramms. Die Verhandlungen des Iran mit Frankreich, Deutschland, Großbritannien, China, Russland und den USA, vermittelt durch die Europäische Union (E3/EU+3), führten zum Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (*Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA*). Dieser sieht ein umfassendes Kontroll- und Überprüfungsregime unter Durchführung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) vor, um sicherzustellen, dass das iranische Atomprogramm weiterhin ausschließlich der friedlichen Nutzung dient. Das JCPOA wurde am 14. Juli 2015 in Wien unterzeichnet. Zeitgleich einigte sich der Iran mit der IAEO vertraglich über einen Fahrplan zur Klärung offener Fragen (sogenannte *'Roadmap for the clarification of past and present outstanding issues regarding Iran's nuclear programme'*). Die Bestimmungen des Wiener Vertrags wurden in Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats aufgenommen, die die Aufhebung der multilateralen Sanktionen gegen den Iran einleiteten.

Das Jahr 2015 hindurch setzte der Iran das Sicherheitsabkommen mit der IAEO um, ebenso wie die Maßnahmen unter dem am 11. November 2013 zwischen Iran und IAEO vereinbarten Arbeitsplans (*Joint Statement on a Framework for Cooperation*) und dem am 24. November 2015 mit der E3/EU+3-Gruppe festgelegten Gemeinsamen Aktionsplan (JPA). Wie in früheren Jahren stellte die IAEO auch 2015 im Hinblick auf Siche-

rungsmaßnahmen keine Abzweigung von Kernmaterial an den vom Iran im Rahmen des Sicherheitsabkommens angegebenen Atomanlagen und -standorten fest. Die IAEO konnte allerdings nicht ausschließen, dass es nicht-deklariertes nukleares Material oder diesbezügliche Aktivitäten im Iran gebe. Daher sei die Schlussfolgerung, alles im Iran vorhandene nukleare Material diene ausschließlich friedlichen Zwecken, nicht möglich. Dieses Fazit könne nur für Staaten getroffen werden, für die ein Zusatzprotokoll gilt und in denen die IAEO eine Bewertung der Sicherheitsmaßnahmen für den „Staat als Ganzes“ vorgenommen hat.

Die Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) 2015

Den Tiefpunkt des Jahres 2015 stellte die Ablehnung des Abschlussdokuments der NVV-Überprüfungskonferenz durch Kanada, Großbritannien und die USA dar. Die Konferenz scheiterte aufgrund von Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Einrichtung einer nuklear- und verichtungswaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten sowie über die humanitäre Konsequenzen von Atomwaffen. Dazu kam der mangelnde Fortschritt nuklearer Abrüstung.

Die Abrüstungskonferenz konnte sich erneut nicht auf ein Arbeitsprogramm einigen, so dass zu keinem einzigen Punkt auf ihrer Agenda Verhandlungen aufgenommen werden konnten. Bei hochrangigen Beratungen vom 2. bis 9. März betonten die Außenminister und hohen Beamten aus 31 Mitgliedsstaaten unter anderem die Bedeutung der NVV-Überprüfungskonferenz von 2015 sowie die humanitären Folgen des Einsatzes von Atomwaffen. ●



18. DIE REDUZIERUNG VON SICHERHEITSRISIKEN DURCH CHEMISCHE UND BIOLOGISCHE KAMPFSTOFFE

Biologische Rüstungskontrolle

2015 trafen sich die Vertragsstaaten des Bio- und Toxinwaffenübereinkommens (BTWC) von 1972 zum letzten jährlichen Zwischentreffen vor der für November 2016 vorgesehenen achten Überprüfungs-konferenz. Zu den feststehenden Themen aller Zwischentreffen gehörten: Kooperation und Unterstützung, ein Überblick über wissenschaftliche und technologische Entwicklungen sowie eine Verstärkung der Implementierung auf nationaler Ebene. Als Sonderthema wurde 2015 über die Umsetzung von Artikel VII des BTWC, das sich mit Unterstützungsmaßnahmen im Falle einer Bedrohung durch biologische Waffen beschäftigt, beraten.

Der rechtliche und politische Rahmen zum Schutz vor biologischer und chemischer Kriegsführung umfasst Maßnahmen zur Durchsetzung eines internationalen Verbots. Das wissenschaftliche Beratergremium der amerikanischen Regierung für Biosicherheit (NSABB) schenkte 2015 den Sicherheitsfolgen von Forschung zu „Funktionszugewinn“ (*gain of function*) große Aufmerksamkeit. In Fällen, in denen die Virulenz eines Krankheitserregers erhöht ist, hat diese Forschung Auswirkungen auf Sicherheit und Schutz.

Rüstungskontrolle und Abrüstung chemischer Waffen

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) überwachte weiterhin die Umsetzung der Chemiewaffenkonvention (CWC) von 1993. Sie blieb schwer damit beschäftigt, die Angaben

Syriens über seine chemischen Waffen und entsprechende Infrastruktur, sowie deren Zerstörung auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit hin zu überprüfen – eine Arbeit, mit der man 1993 begonnen hatte. Im Januar 2016 wurden die letzten der toxischen Chemikalien und Grundstoffe, die bei Marineeinsätzen von 2013 bis 2014 aus Syrien verbracht wurden, zerstört.

Untersuchung zu Vorwürfen über den Einsatz von chemischen Waffen in Syrien

Es gab weitere, zum Teil bestätigte Anschuldigungen über den Einsatz chemischer Waffen in Syrien, sowie möglicherweise auch in der umliegenden Region. Das veranlasste den UN-Sicherheitsrat, am 7. August 2015 zur Verabschiedung der Resolution 2235 über die Einsetzung eines Gemeinsamen Untersuchungsmechanismus von UN und OPCW (*Joint Investigative Mechanism, JIM*). Dazu nahmen 24 Fachleute am 13. November 2015 ihre Arbeit auf. In zwölf Monaten soll die Gruppe den weiteren Zusammenhang der vermeintlichen Giftgasangriffe aufklären, einschließlich möglicher Mitverschwörer, Organisatoren sowie finanzieller Unterstützer und Geldgeber. ●

SIPRI JAHR DER REFLEXION

Zur Feier seines 50-jährigen Bestehens hat SIPRI die Kurzfilmreihe 2016 – *A Year of Reflection* produziert. Im Mittelpunkt steht dabei SIPRIs 50jährige Erfahrung damit, Fakten für den Frieden herauszuarbeiten, und SIPRIs Beitrag zu einer friedlicheren Zukunft. Die Serie ist über SIPRIs Youtube-Kanal abrufbar: <www.youtube.com/user/SIPRIorg/playlists>.



19. KONTROLLE DES HANDELS MIT WAFFEN UND DUAL-USE-GÜTERN

Das Waffenhandelsabkommen

Die Erste Konferenz der Vertragsstaaten des Waffenhandelsabkommens (ATT) fand vom 24. bis 27. August 2015 in Cancún in Mexiko statt. Trotz Differenzen in wichtigen Punkten während der Vorbereitungen, wurden essentielle verfahrenstechnische Entscheidungen gefällt, wie die über den Sitz des Sekretariats des ATT, und damit die Grundlagen zur Umsetzung des Waffenhandelsabkommens geschaffen werden. Allerdings bestehen noch größere Hindernisse, bevor das Abkommen seine praktische Wirkung entfalten kann. Wichtige waffenexportierende und -importierende Staaten wie China, Indien, Russland und Saudi-Arabien bleiben außerhalb des Vertrags. Die USA müssen das Abkommen noch ratifizieren. Eine Erhöhung der Beitrittszahlen, insbesondere unter afrikanischen und asiatischen Staaten, wird ebenso nötig sein wie der Aufbau von Kapazitäten, um die Umsetzung des Vertrags zu ermöglichen.

Multilaterale Rüstungsembargos

2015 waren 38 multilaterale Rüstungsembargos in Kraft: 15 wurden von den Vereinten Nationen verhängt, 22 von der Europäischen Union (EU) und eins von der Arabischen Liga. Elf der EU-Embargos dienten der direkten Umsetzung von UN-Beschlüssen, drei setzten UN-Embargos innerhalb eines modifizierten geographischen Geltungsbereichs und Umfangs um, in acht Fällen gab es kein entsprechendes Embargo der UN. Letzteres gilt auch für das einzige Embargo der Arabischen Liga (gegen Syrien).

Die Vereinten Nationen verhängten 2015 ein Waffenembargo gegen die bewaffnete

MULTILATERALE WAFFENEMBARGOS, 2015

Vereinte Nationen (15 Embargos)

- Zentralafrikanische Republik
- Demokratische Republik Kongo (NRT)
- Elfenbeinküste • Eritrea • Iran • Irak (NRT) • IISIL, Al-Qaida sowie assoziierte Personen und Einrichtungen • Nordkorea
- Libanon (NRT) • Liberia (NRT) • Libyen (NRT) • Somalia • Sudan (Darfur) • Taliban
- Jemen (NRT)

Europäische Union (22 Embargos)

Umsetzung von UN-Embargos (11):

- Al-Qaida, Taliban sowie assoziierte Personen und Einrichtungen
- Zentralafrikanische Republik
- Demokratische Republik Kongo (NRT)
- Elfenbeinküste • Eritrea • Irak (NRT)
- Libanon (NRT) • Liberia (NRT) • Libyen (NRT) • Somalia (NRT) • Jemen (NRT)

Anpassung an UN-Embargos (3):

- Iran • Nordkorea • Sudan (Darfur)

Embargos ohne UN-Pendant (8):

- Belarus • China • Ägypten • Myanmar
- Russland • Südsudan • Syrien • Zimbabwe

Arabische Liga (1 Embargo)

- Syrien

NRT = Nichtregierungstruppen.

Gruppe der Houthi in Jemen und nahmen erhebliche Änderungen am Rüstungsembargo gegen den Iran vor. Die EU verhängte im Laufe des Jahres keine neuen Embargos. Mehrere Verstöße gegen UN-Embargos wurden 2015 gemeldet, darunter Waffenexporte des Iran sowie Waffenlieferungen nach Libyen ohne Genehmigung des zuständigen UN-Sanktionsausschusses.

Exportkontrollregime

Alle multilateralen Exportkontrollregime – die Australische Gruppe (*Australia Group*), das Raketentechnologie-Kontrollregime (*Missile Technology Control Regime*,



MTCR), die Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer (*Nuclear Suppliers Group, NSG*) und das Wassenaar Abkommen – versuchen ihre Handelskontrollen von Waren, Software und Technologien, die in Verbindung mit chemischen, biologischen, atomaren oder konventionellen Waffen verwendet werden können, zu verbessern.

Nach Diskussionen über gemeinsame Standards zur Kontrolle von Transit und Umladung verabschiedeten die Wassenaar-Staaten ein Dokument mit entsprechenden Empfehlungen (*Best Practices*). Die Diskussionen darüber, wie mit nicht-teilnehmenden Staaten umzugehen sei, beschäftigte alle vier Regime das gesamte Jahr 2015 hindurch. Mit Ausnahme des MTCR haben die Regime den Status von Staaten im Falle einer einseitigen Einhaltung aufgewertet, indem eine höhere Sichtbarkeit und weitere Anreize, etwa durch erweiterten Informationsaustausch, gewährt wurden.

Die Gespräche über eine mögliche Beteiligung Indiens wurden in allen Regimen, insbesondere der NSG und dem MTCR, fortgesetzt. Das MTCR stimmte gegen einen Beitritt Indiens, offenbar aufgrund eines Vetos aus Gründen, die dazu in keinem Zusammenhang standen. Außerdem erweiterten die Regime ihre gemeinsamen Kontrolllisten, um den Herausforderungen zu begegnen, die sich aus neuen Technologien ergeben oder aus den Beschaffungsstrategien derjenigen, die versuchen, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen und fortschrittlichen Liefer-systemen zu kommen.

EU-weite Exportkontrollen

Der Gemeinsame Standpunkt der EU, der gemeinsame Richtlinien für Exportkontrollen von Rüstungstechnologie und -aus-

rüstung festlegt, wurde 2015 überarbeitet. Dies führte zu keinen Änderungen des Instruments an sich. Allerdings wurde die Anleitung in Bezug auf bestimmte Exportkriterien erweitert, teilweise um Bestimmungen des Waffenhandelsabkommens (ATT), wie den Verweis auf gender-basierte Gewalt, zu berücksichtigen.

Die Überarbeitung ihrer Richtlinien zu Export, Durchfuhr und Vermittlung von doppelverwendungsfähigen Gütern dauerte 2015 an. Die Europäische Kommission wird voraussichtlich 2016 einen Gesetzesvorschlag vorlegen, der wahrscheinlich erweiterte Kontrollen bezüglich der Verbringung von Überwachungstechnik vorsieht. Dieser könnte auch zu einem Paradigmenwechsel hinsichtlich der bisherigen Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Nutzung führen. Stattdessen könnten die zu kontrollierenden Güter in Bezug auf den Verwendungszweck durch ihren Endnutzer bewertet werden.

Exportkontrollen und Privatwirtschaft

Die Ausdehnung des Bereichs privater Unternehmen, die Handelskontrollen unterliegen könnten, sowie die zunehmende Komplexität von Handelsbeziehungen haben bei nationalen Genehmigungsbehörden, den Exportkontrollregimen der EU und, in geringerem Maße, internationalen Regimen u.a. dazu geführt, zwei Entwicklungen voranzutreiben: zum einen wurden die Genehmigungsanforderungen für weniger sensitive Exporte durch die Verwendung weltweiter Lizenzen und Rahmenbewilligungen immer weiter gesenkt; zudem wird versucht, bei Firmen und Forschungseinrichtungen Anreize für die Annahme interner Compliance-Programme zu schaffen. ●



SIPRI-DATENPORTALE

SIPRI Military Expenditure Database
SIPRI Arms Transfers Database
SIPRI Arms Embargoes Database
SIPRI National Reports Database
SIPRI Multilateral Peace Operations Database
SIPRI inventory of arms control and disarmament agreements
SIPRI inventory of international security cooperation bodies

Zugang zum SIPRI-Datenportal: www.sipri.org/databases

BERGHOF FOUNDATION OPERATIONS GMBH

Die Berghof Foundation ist eine unabhängige und gemeinnützig tätige Nichtregierungsorganisation. Sie wurde 1971 von Professor Georg Zundel gegründet. Mit ihren langjährigen Erfahrungen in den Bereichen Friedensforschung, Friedenspädagogik und Friedensförderung unterstützt sie Akteure bei der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten. *Creating Space for Conflict Transformation* – für diese Mission arbeitet das multinationale Team der Berghof Foundation in enger Kooperation mit zahlreichen Partnern auf der ganzen Welt. Die Berghof Foundation hat ihren Hauptsitz in Berlin und eine Zweigstelle in Tübingen. Darüber hinaus stützt sich ihre Arbeit auf viele engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Projektbüros im Ausland.

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Sie ist den Werten und Grundideen der Sozialen Demokratie verpflichtet und arbeitet mit NGOs, Think Tanks, politischen Akteuren und der Gewerkschaftsbewegung weltweit zusammen. Im Sinne der Leitbilder Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leistet die Stiftung heute in Deutschland und in über 100 Ländern Beiträge zur Entwicklung der Demokratie, der politischen Kultur, der Festigung von Frieden und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels.


Berghof Foundation

Berghof Foundation Operations GmbH
Altensteinstraße 48a
14195 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 (30) 844154-0
Telefax: +49 (30) 844154-99
E-Mail: info@berghof-foundation.org
Internet: www.berghof-foundation.org

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
Telefon: +49 (228) 883-0
Telefax: +49 (228) 883-9207
E-Mail: presse@fes.de
Internet: www.fes.de



SO BESTELLEN SIE DAS SIPRI YEARBOOK 2016

SIPRI Yearbook 2016: Armaments, Disarmament and International Security

Veröffentlicht in einer Print- und Onlineausgabe von Oxford University Press

ISBN 978-0-19-878728-0, gebundene Ausgabe

ISBN 978-0-19-182935-2, Onlineausgabe

Weitere Informationen unter: www.sipriyearbook.org

OXFORD
UNIVERSITY PRESS

ÜBERSETZUNGEN

Das *SIPRI Yearbook 2016* wird ebenfalls übersetzt in:

- Chinesisch von der Chinesischen Vereinigung für Rüstungskontrolle und Abrüstung (CACDA), Peking
www.cacda.org.cn
- Russisch vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO), Moskau
www.imemo.ru
- Ukrainisch vom Razumkov Zentrum (Ukrainisches Zentrum für Wirtschafts- und Politikstudien, UCEPS), Kiew
www.razumkov.org.ua

Diese Übersetzungen werden von der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport gefördert. Bitte kontaktieren Sie die übersetzenden Organisationen für weitere Informationen.

STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

SIPRI ist eine unabhängige, internationale Einrichtung zur Erforschung von Konflikten, Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. 1966 gegründet, stellt SIPRI Daten, Analysen und Empfehlungen, die auf öffentlich zugänglichen Quellen basieren, zur Verfügung - für Politik, Wissenschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit.



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Signalistgatan 9
SE-169 72 Solna, Sweden
Telephone: +46 8 655 97 00
Email: sipri@sipri.org
Internet: www.sipri.org



SIPRI YEARBOOK 2016

Armaments, Disarmament and International Security

Das SIPRI Jahrbuch wird weltweit von Politikern, Diplomaten, Journalisten, Wissenschaftlern, Studierenden und Bürgern geschätzt. Als zuverlässige und unabhängige Quelle liefert es Daten und Analysen zu den Themen Rüstung, Abrüstung und internationale Sicherheit und einen Überblick über Entwicklungen in den Bereichen internationale Sicherheit, Waffentechnologien, Militärausgaben, Rüstungshandel und -produktion sowie bewaffnete Konflikte. Auch werden hier Bestrebungen zur Kontrolle konventioneller, nuklearer, chemischer und biologischer Waffen thematisiert. Die erste Ausgabe des SIPRI *Yearbook* erschien 1969. Ziel war es, „ein kontroverses Thema faktenreich und ausgewogen darzustellen – nämlich den Rüstungswettlauf und Versuche, diesen zu stoppen“.

Diese Broschüre fasst die 47. Ausgabe des SIPRI *Yearbook* zusammen. Es enthält Berichte über die Entwicklungen im Jahr 2014 in den Bereichen:

- *Bewaffnete Konflikte*, mit Fokus auf den Nahen und Mittleren Osten und das Friedensabkommen in Mali, sowie Studien zu externer Unterstützung in Bürgerkriegen (Syrien und Ukraine), Datentrends zu bewaffneten Konflikten, sowie weltweiten und regionalen Entwicklungen von Friedenseinsätzen,
- *Sicherheit und Entwicklung*, zeigt Entwicklungen in Bezug auf die Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit, den UN-Zielen nachhaltiger Entwicklung (SDGs), Wirtschaftsaussichten in Afghanistan, Studien über Cybersicherheit, Klima und Sicherheit sowie Fragilität und Belastungsfähigkeit in Europa infolge der Pariser Terroranschläge vom Januar 2015 und der anhaltenden Flüchtlingskrise,
- *Militärausgaben, Rüstungsproduktion und Internationale Rüstungstransfers*,
- *Atomstreitkräfte weltweit*, mit einer Übersicht über alle neun Atommächte,
- *Atomare Rüstungskontrolle*, beleuchtet Entwicklungen zu Irans Atomprogramm, multilateraler Rüstungskontrolle und Abrüstung,
- *Internationale Sanktionen, Waffenembargos und andere restriktive Maßnahmen* gegen den Iran,
- *Reduzierung von Sicherheitsbedrohungen durch chemische und biologische Materialien*, einschließlich der Untersuchung zu Vorwürfen des Einsatzes chemischer Waffen im Nahen und Mittleren Osten,
- *Doppelverwendungsfähige Güter und Waffenkontrollsysteme*, mit einer Darstellung zu Entwicklungen des Waffenhandelsvertrags, multilateralen Waffenembargos und Exportkontrollregimen

sowie einer 10-Jahres-Übersicht zu Mustern bewaffneter Gewalt, einer Zusammenfassung des Global Peace Index, ausführlichen Anhängen zu Rüstungskontrolle und Abrüstungsvereinbarungen, internationalen Sicherheitsorganisationen sowie eine Chronologie der Ereignisse des Jahres 2015.